



An den Grenzen des Wachstums –
neuer Fortschritt ist möglich

Kommission Grundwerte
beim Parteivorstand der SPD

Impressum:

SPD-Parteivorstand, Referat II/1 Grundsatzfragen, Dr. Hans Misselwitz,
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

Stand:

Berlin, Dezember 2010

Art.-Nr.:

3000234

Druck:

Media-Print Informationstechnologie GmbH, Eggertstraße 28, 33100 Paderborn

Inhalt

Vorbemerkung S. 2

Teil I: Ein Kurswechsel ist unabweisbar S. 4

1. Epochenwechsel S. 4

2. Welcher Fortschritt? S. 8

Teil II: Die ökologische Wende als Selbstkorrektur der Moderne S.14

1. Ökologischer Umbau – ein demokratischer Weg? S.14

2. Lebensqualität statt Lebensstandard S.16

3. Die Gesellschaft des neuen Fortschritts ist eine dynamische Gesellschaft S.18

4. Zeit für den Umbau gewinnen – Die ersten Schritte S.19

Teil III: Konsequenzen des Kurswechsels S.24

1. Kollektive Güter werden wichtiger S.24

2. Gestaltung des Wohnumfelds S.25

3. Vorsorgende Sozialpolitik S.26

4. Humanisierung der Arbeitswelt S.28

5. Der strategische Hebel: Umbau der Energieversorgung S.29

6. Mobilität in der Gesellschaft des neuen Fortschritts S.30

7. Nachhaltige Landwirtschaft S. 31

Wenn im folgenden von „Grenzen des Wachstums“ die Rede ist, so meinen wir vor allem jenen Typ ökonomischen Wachstums, wie er sich in der Moderne, vor allem im 19. Jahrhundert, herausgebildet hat und der bis heute vorherrschend ist. Er ist mit ständig steigendem Ressourcenverbrauch und ständig steigender Belastung der Biosphäre verbunden und darf darum nicht weiter verfolgt werden, wenn wir nicht die irreversible Zerstörung der Biosphäre in Kauf nehmen wollen.

Wir sind uns aber bewusst, dass die ökonomische Theorie heute unter Wachstum die Zunahme einer Geldgröße, des Bruttoinlandsprodukts, versteht, in der sich der Marktwert aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen widerspiegelt. Ob eine konsequente ökologische Politik das Wachstum in diesem Sinne fördert oder begrenzt, ist eine offene Frage. Auch die verbreitete Ansicht, mehr Wachstum müsse zwangsläufig schädliche Emissionen erhöhen und sei damit schon aus diesem Grund unerwünscht, ist aus ökonomischer Sicht ungeachtet der technischen Beschränkungen nicht richtig.

Allerdings sind die bisherigen Versuche einer (teilweisen) *Dematerialisierung* des Wachstums nicht sehr ermutigend, wie nicht zuletzt die globale Finanzkrise mit ihren keineswegs ausgestandenen Folgen deutlich gemacht hat. Auch die in mancher Hinsicht attraktive Vision einer postindustrialistischen *Dienstleistungsgesellschaft* wird womöglich nicht alle Wachstumsträume erfüllen können. Und zwar aus mehreren Gründen:

Erstens gehen die Befürworter dieses Konzepts bei ihren Wachstumserwartungen in der Regel von einer umfassenden Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen in den Bereichen der Gesundheit, der Bildung und der Sicherheit aus. Dies ist aber unter Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit und der Gleichbehandlung keineswegs wünschenswert.

Zweitens könnte die Verlagerung der ökonomischen Aktivitäten hin zu der Bereitstellung immaterieller Dienstleistungen, da diese in aller Regel die Mitwirkung der Konsumenten verlangen, schon bald an zeitökonomische Grenzen auf Seiten der Konsumenten stoßen.

Drittens ist damit zu rechnen, dass viele Menschen lieber in verlängerter arbeitsfreier Zeit eigenaktiv werden, als immer länger und intensiver Erwerbsarbeit zu leisten, um sich immer mehr Dienstleistungen kaufen zu können.

Wir konzentrieren uns in diesem Positionspapier auf das, was unserer Meinung nach angesichts der manifesten Krise des bisherigen Wachstumsmodells zu tun ist. Aktivitäten, die zur Zerstörung der Biosphäre beitragen, müssen schnell schrumpfen, alles, was hilft, Umweltschäden zu reparieren und zukünftigen Schäden vorzubeugen, muss entschieden gefördert werden. Dies verlangt nicht nur eine Veränderung unseres Lebensstils, sondern auch einen Prozess der Umstrukturierung der Wirtschaft - gerade im industriellen Sektor -, der in vielen Bereichen Wachstums- und Beschäftigungsimpulse verspricht. Wie sich die vorgeschlagene Kursänderung am Ende in der ökonomischen Rechnungslegung niederschlägt, ob als Steigerung des Bruttoinlandsprodukts oder nicht, wird sich erweisen.

Wir sind allerdings davon überzeugt, dass wir das Notwendige nur tun können, wenn wir uns dem *Zwang*

zum Wachstum um jeden Preis entziehen. Der Satz *Ohne Wachstum ist alles nichts* (Angela Merkel) ist nichts weniger als eine Kapitulationserklärung der Politik. Wer meint, zunächst für mehr ökonomisches Wachstums sorgen zu müssen, um dann mit den dadurch zu erwartenden höheren Staatseinnahmen die ökologischen und sozialen Probleme lösen zu können, wird zwangsläufig das alte Wachstumsmodell bedienen müssen und damit die bestehenden Probleme weiter verschärfen. Den notwendigen Kurswechsel kann man so nicht einleiten.

Abschließend sei den Autoren und Mitgliedern der Grundwerte-Kommission, Natascha Kohnen, Michael Müller, Elif Özmen und Johano Strasser für Ihre Arbeit an dieser Stellungnahme und für Ihre Mühe gedankt, die Kritik und die Anregungen aus den Beratungen der Kommission in dieses Papier einfließen zu lassen.

Julian Nida-Rümelin

Vorsitzender der Kommission Grundwerte

1. Epochenwechsel

Das Megathema der nächsten Jahre, das über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet und besonders die Sozialdemokratie herausfordert, heißt: Wie wird an den Grenzen des bisherigen Wachstums sozialer Fortschritt und gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich? Wir sind überzeugt: Wer die Kraft und die Ideen für den sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hat, wird die politische Debatte der nächsten Jahre prägen.

Ein Epochenwechsel hat begonnen. Der bisherige Weg der Moderne, vor allem das sich im 19. Jahrhundert verfestigende Fortschrittsmodell, baut auf Naturbeherrschung und grenzenlosem Wachstum auf. Seit dem letzten Jahrhundert steht möglichst hohes Wachstum ganz oben auf dem Rezeptblock der Politik. Wachstum wurde zur Patentantwort auf die Probleme der Gegenwart und zur Basis aller Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Das bisherige Wachstum war aber mit einem ständig steigenden Ressourcenverbrauch und mit ständig steigender Belastung der Biosphäre verbunden. Dieser Fortschrittsweg geht unwiderruflich zu Ende. Ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht, ökologisch sind die Grenzen des bisherigen Wachstums erreicht, ökonomisch ist es immer weniger möglich und auch die sozialen Aufgaben können nicht mehr erfüllt werden, wenn sie wie bisher ein hohes Wachstum voraussetzen.

Die Fixierung auf Wachstum hat die moderne Gesellschaft in die Krise geführt und wird sie auch in die nächste führen, wenn es nicht zu grundlegenden Korrekturen kommt.

Denn:

- Für mehr Wirtschaftswachstum werden täglich viel zu hohe Emissionen von Treibhausgasen, die das Klima schädigen, in Kauf genommen.
- Trinkbares Wasser, landwirtschaftlich nutzbarer Boden und wichtige Rohstoffe werden knapp. Der „Peak Oil“, also der Höhepunkt der Öl-Förderung, stellt den fossilen Verkehr und damit die moderne Form der individuellen Mobilität in Frage.
- Die Finanzkrise von 2008 entstand, weil in der amerikanischen und britischen Stagflation Ende der siebziger Jahre höheres Wachstum durch die Liberalisierung der Finanzmärkte stimuliert werden sollte. Zwar führten die Aufblähung der Geldwirtschaft, die Dominanz der Banken, das Diktat der Börsen und ein permanenter Import- oder Exportüberschuss zu kurzfristigen Wachstumsimpulsen, zugleich schufen sie aber die Ungleichgewichte, deren Folgen fast zwangsläufig der Zusammenbruch im Jahr 2008 war.
- Die wachsenden Staatsschulden liegen nicht nur an unzureichenden Einnahmen, sondern auch an den steigenden Ausgaben aufgrund der Arbeitslosigkeit, des demographischen Wandels und einer schwachen Konjunktur. Daraus entstand eine sich beschleunigende Spirale der Verschuldung, aber auch der Abhängigkeit vom Weltmarkt und von hohem Wachstum.

Wachstum in der bisherigen Form spitzt die Probleme weiter zu. Nach einer langen Periode des Aufstiegs,

der Entfaltung gewaltiger Kräfte, der Verselbständigung der Wirtschaft und einer ungeheueren Ausbreitung technischer Macht über die Natur drohen Niedergang und Zusammenbruch.

Wir geben den Fortschrittsgedanken nicht auf, aber die Verwirklichung von Freiheit, Emanzipation und Wohlfahrt erfordert heute neue Wege. Es muss zu einer neuen Phase der Aufklärung kommen, um die Naturvergessenheit zu beenden und mit dem Irrglauben des grenzenlosen und undifferenzierten Wachstums zu brechen.

Ökologische, ökonomische und soziale Grenzen des Wachstums

Nach dem „Living Planet Index“ ging in den letzten 35 Jahren knapp ein Drittel des biologischen Reichtums der Wälder, Flüsse und Meere verloren. 60 Prozent der Öko-Systeme sind stark geschädigt, seit den achtziger Jahren liegt der Schadstoffeintrag bereits deutlich über der Regenerationsfähigkeit der Natur.

Doch Mitte des Jahrhunderts werden sogar neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Um für alle Menschen das heutige Wohlstandsniveau der OECD-Staaten erreichen zu wollen, müsste die Weltwirtschaft um das Fünfzehnfache wachsen, bis zum Ende des Jahrhunderts sogar um das Vierzigfache. Das ist schlicht unmöglich.

Vor 20 Jahren hätte der globale Klimawandel noch bei Erwärmung von 1,5 Grad Celsius gestoppt werden können. Heute erscheint es fast unwahrscheinlich, dass die globale Erwärmung unter der kritischen Zwei-Grad-Grenze bleibt. Bis zum Jahr 2050 müssen die Treibhausgase um 90 Prozent gesenkt werden, im letzten Jahrzehnt sind die schädlichen Kohlendioxidemissionen jedoch weltweit um 30 Prozent gestiegen.

Metalle wie Gallium, Lithium oder Rhenium, die für den Bau von Flugzeugturbinen, Batterien und Solarzellen ungemein wichtig sind, gehen rasant zur Neige. Die „Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ gehört deshalb seit Anfang der neunziger Jahre zum Aufgabenkatalog der NATO. Energie- und Ressourcenkonflikte werden, wenn es nicht zur ökologischen Wende kommt, zum Hauptauslöser von Gewalt, Terrorismus und Krieg.

Nicht nur ökologisch, auch ökonomisch werden Grenzen des bisherigen Wachstums sichtbar. Seit den siebziger Jahren sinken in den Industriestaaten die Wachstumsraten auch de facto von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Sie werden künftig wohl noch geringer ausfallen, zumal Wachstum in den letzten Jahrzehnten oftmals ein Wachstum auf Pump war. Allein um die deutschen Rettungsmaßnahmen nach der Finanzkrise zu bezahlen, wäre in den nächsten achtzehn Jahren ein Wachstum von deutlich mehr als sechs Prozent pro Jahr erforderlich.

Zwischen 1998 und 2008, dem Jahr des Ausbruchs der Finanzkrise, erreichte Deutschland ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, in den sechziger Jahren waren es 4,5 Prozent. Heute verzeichnen die OECD Staaten – wenn überhaupt - nur noch ein lineares Wachstum. Aber unverändert setzen die Finanzierung der Sozialsysteme, die Beschäftigungspolitik oder die Sanierung der Staatshaushalte ein deutlich höheres als das erreichbare Wachstum voraus. In der Regel liegt die Zielmarke bei 2,5 bis 3 Prozent.

Kindergärten, Schulen, Universitäten, Sportstätten, Verkehrsmittel oder Theater, Oper und Bibliotheken

- alle sind abhängig von einem Wachstum, das es immer weniger gibt. Auch die Lissabon-Agenda geht von jährlich drei Prozent Wachstum aus. Doch ist diese Vorgabe im industrialisierten Europa offenbar nicht machbar. Erst recht wird eine solche Richtzahl absurd, wenn man von der Fortsetzung des alten Wachstumsmodells ausgeht: Dann läuft sie auf eine Verzwölffachung der Gütermenge in einem Menschenleben hinaus.

Auch die Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze durch ein höheres Wachstum ist trügerisch. Wie aus den Analysen des Ökonomen Arthur Melvin Okun hervorgeht, gibt es in vielen Industriestaaten seit den neunziger Jahren ein Wachstum, das keine neuen vollwertigen Arbeitsplätze schafft, da die Steigerung der Arbeitsproduktivität deutlich über der Wachstumsrate liegt. Gegen die steigende Arbeitslosigkeit wurde der Niedriglohnsektor ausgebaut. Damit wurde die so genannte Beschäftigungsschwelle gesenkt, wodurch aber die Unterschiede zwischen Arm und Reich in den Gesellschaften zunahm.

Eine neue Rolle für Europa

Der alte Kontinent, das Grand Hotel Europa, steht am Abgrund, wenn es nicht grundlegend renoviert wird. Die Veränderung unseres Fortschrittsmodells ist nicht nur für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas entscheidend, sondern kann auch zu einem Vorbild für die sozialökologische Entwicklung der Welt werden.

Andernfalls spitzt sich der Konflikt um Wachstum und Verteilung weltweit nahezu unlösbar zu. Die aufstrebenden Schwellenländer machen verständlicherweise nach, was die reichen Industriestaaten vorgemacht haben: Wachstum, koste es, was es wolle. Und sie haben einen guten Grund dafür, denn die Länder des Südens brauchen ein starkes materielles Wachstum von Wirtschaft und Infrastruktur, wenn sie ihren Menschen ein menschenwürdiges Leben garantieren wollen.

Ohne eine Kontrolle der Finanzmärkte, eine neue Qualität der Güterproduktion und mehr Verteilungsgerechtigkeit national wie international kann es künftig keinen Fortschritt mehr geben.

Das Beispiel China: Im bevölkerungsreichsten Land der Erde leben trotz zweistelliger Wachstumsraten in den letzten Jahren rund 500 Millionen Einwohner am Rande oder unterhalb des Existenzminimums. Durch die hohe Einwohnerzahl und die starke wirtschaftliche Dynamik ist China weltweit bereits der größte Energieproduzent und der größte Emittent von Kohlendioxid (CO₂), obwohl ein Chinese pro Kopf und Jahr „nur“ rund 4,3 Tonnen CO₂ verursacht, während ein Bürger der USA für knapp 20 Tonnen verantwortlich ist. Doch auch in China muss der CO₂-Ausstoß bis Mitte des Jahrhunderts halbiert werden, um das globale Klima zu stabilisieren, darf also pro Kopf zwei Tonnen nicht übersteigen.

The Great Transformation – zweiter Teil

In Europa und den USA wurde frühzeitig vor den Gefahren der Verselbständigung der Ökonomie gewarnt. Bis heute liegt in der Frage der Einbindung der Wirtschaft in die Gesellschaft der entscheidende Unterschied zwischen konservativer und sozialdemokratischer Politik. US-Präsident Franklin D. Roosevelt begründete mit dem New Deal den Wohlfahrtsstaat, den er als „soziale Disziplinierung wirtschaftlicher Freiheit“ bezeichnete. Dahinter steht ein grundsätzlicher Konflikt.

Als der Zweite Weltkrieg große Teile der Erde in ein einziges Schlachtfeld verwandelte, schrieb Karl Polanyi 1944 sein Buch *The Great Transformation*, in dem der Wiener Ökonom in einem Rückblick auf die vorangegan-

genen 200 Jahre zu erklären suchte, wie es zu den Katastrophen des 20. Jahrhunderts kommen konnte. Sein Ausgangspunkt war der tiefgreifende Wandel der westlichen Gesellschaften vom Feudalismus in die kapitalistische Warenproduktion.

Die Folgen dieses Prozesses, den er „die große Transformation“ nannte, waren die Herauslösung der Wirtschaft aus der Gesellschaft und die Vorherrschaft des Marktes. Polanyi sprach in diesem Zusammenhang von der Herausbildung einer „Marktgesellschaft“. Die spezifische Rationalität des Marktes verwandelte die „natürliche und menschliche Substanz in Waren“.

Die Folge der Durchkapitalisierung der Gesellschaft ist eine „Doppelbewegung“: Die Ausdehnung des Marktsystems auf die Gesellschaft, die Durchökonomisierung aller Lebensbereiche, löst Entfremdung und Krisen aus, während gleichzeitig die Gegenwehr der Menschen das politische System erschüttert und die Demokratie in Frage stellt. Die „Entbettung“ der Wirtschaft aus den sozialen Bezügen war für Polanyi die Ursache dafür, dass die Weltwirtschaftskrise zur Zivilisationskrise wurde. Das Versagen der Politik, die dieser Entwicklung nicht entgegenwirkte, ließ die Welt scheinbar zwangsläufig auf die großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts zulaufen.

Polanyi folgerte daraus, dass die Stabilität der Wirtschaft von institutionellen Strukturen und wertorientierten Handlungen abhängt, die sich am Wohl der Gesellschaft orientieren müssen. Der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit, der keine mildtätige Zugabe war, sondern die politische Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft, trug dieser Einsicht Rechnung.

Die soziale Demokratie war gleichsam ein Fahrstuhl, der alle Schichten kontinuierlich aufsteigen ließ und die Gesellschaft zusammenhielt: „Wohlstand für alle“. Die Grundlage dieser erfolgreichen Epoche war die Verbindung der wirtschaftlichen Dynamik mit der Dynamik des demokratischen Sozialstaats. Der Erfolg dieser Strategie ist der Hauptgrund dafür, dass in den Köpfen vieler Menschen bis heute wirtschaftliches Wachstum und Fortschritt in eins gesetzt werden.

Mit sinkendem Wachstum und offenen Märkten brachen die alten Konflikte jedoch wieder auf. Seit den siebziger Jahren reagierten Margret Thatcher (ab 1979) und Ronald Reagan (ab 1980) auf sinkende Wachstumsraten mit der Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung, um nach einer jahrelangen Stagflation der amerikanischen und britischen Wirtschaft einen neuen Aufschwung zu erreichen. Der Neoliberalismus übertrug den Banken das Kommando über die Wirtschaft. Es kam zum Finanzkapitalismus. In der Folge wurden die Gewerkschaften geschwächt, nationale Oligopole aufgemischt, die Wirtschaft dereguliert und Sozialausgaben gekürzt.

Für mehr Wachstum wurde auch der Bericht des Club of Rome über die Endlichkeit der Ressourcen verdrängt. Schließlich übernahmen die Industrieländer bereitwillig die von London und Washington eingeführte Freigabe des Handels mit Finanzdienstleistungen und unterwarfen sich den Richtlinien des sogenannten *Washington Consensus*.

Die Verselbständigung der Ökonomie wurde auf die Spitze getrieben. Die Folge war nicht nur eine radikale Verschiebung von Macht und Einkommen zugunsten kleiner Gruppen, sondern auch eine noch schnellere Auszehrung der sozialen und natürlichen Substanz.

Durch den Siegeszug von Neoliberalismus und Geldwirtschaft, die das Wachstum stimulieren sollten, wurden Politik und Gesellschaft in erweiterter Form der kapitalistischen Landnahme untergeordnet, nicht nur in den Nationalstaaten, sondern auch von außen, nicht zuletzt durch die Expansion des Kapitalismus auf den Gebieten der untergegangenen Sowjetunion und des nachrevolutionären Chinas.

Der liberalisierte globale Markt führte erneut zu massiven Erschütterungen, die bei den Menschen nach wie vor schwere Verunsicherung auslösen. Aber auch die weltweite Finanzkrise mit ihren noch keineswegs ausgestandenen Folgen brachte bisher kein wirkliches Umdenken. Da die meisten Politiker sich keine Alternative zu einer Strategie des hohen Wachstums vorstellen können, reagierte die schwarz-gelbe Bundesregierung auf die Wachstumskrise mit einem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Es ist dies der Versuch, mit politischen Mitteln das alte Wachstumsmodell, das nachweislich in die ökologisch-soziale Katastrophe führen muss, noch einmal als Lösung anzubieten. Damit aber erhöht sich die Gefahr, dass wir zum zweiten Mal auf eine Bahn gelangen, wie sie Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* beschreibt.

2. Welcher Fortschritt?

Wie vielen Zentralbegriffen der Neuzeit (vgl. z.B. den Begriff der *Aufklärung* und die darin aufbewahrte religiöse Lichtmetaphorik: *Erleuchtung!*) kommt auch dem des *Fortschritts* ursprünglich eine religiöse Bedeutung zu. In der linearen heilsgeschichtlich gepolten Zeitvorstellung des Christentums wurde Fortschritt als Weg der moralischen Läuterung, als Weg des Christenmenschen zu Gott verstanden. Aus der großen Zahl der schriftlichen Zeugnisse, die dieses frühe Fortschrittsverständnis belegen, sei hier auf John Bunyans berühmtes Buch *Pilgrim's Progress* aus dem Jahre 1678 verwiesen. Fortschritt, ob im religiösen Sinne oder im säkularisierten, wird erst möglich durch die Ablösung der zyklischen Zeitvorstellung durch ein lineares Zeitverständnis. Dies ist eine der großen Leistungen des Judentums, die vom Christentum übernommen wird.

Die Moderne behält nicht nur das lineare Zeitverständnis, sondern im Kern auch die heilsgeschichtliche Deutung des Fortschritts bei, wendet diese aber ins Säkulare. Fortschritt wird nun Verbreiterung und Vertiefung des Wissens, fortschreitende Naturbeherrschung, wachsender Wohlstand, Erkämpfung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und anfänglich auch immer noch: moralische Vervollkommnung des Menschen.

Als Basis des innerweltlich verstandenen Fortschrittsprozesses gilt spätestens seit dem 18. Jahrhundert die wissenschaftlich-technisch-ökonomische Entwicklung. Sie ist der feste Unterbau des Fortschritts, alles andere abgeleitete Möglichkeit, Folgeerscheinung, Überbau. Entsprechend ist Fortschrittspolitik wesentlich Förderung des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritts, für den frühen politischen Liberalismus und erst recht für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung immer auch, aber zumeist eben in Abhängigkeit von diesem Basisprozess, soziale, politische und kulturelle Emanzipation.

Norbert Elias fügt diesem Modell des Fortschrittsprozesses eine wichtige Komponente hinzu: die disziplinierende und zivilisierende Arbeit am Ich. In seinem epochalen Werk *Über den Prozeß der Zivilisation* (Zürich 1939) versucht er zu zeigen, dass die fortschreitende rationale Beherrschung der Triebregungen und ihre ästhetische Überformung für die Herausbildung der europäischen Moderne von größter Bedeu-

tung sind. Soziale Kontrolle und Selbstkontrolle sind für ihn die wesentlichen Gründe für die Überlegenheit der europäischen Kultur über die „weniger entwickelter“ Gesellschaften. Obwohl das gewiß nicht den Intentionen von Elias entsprach, ist hierin gelegentlich eine nachträgliche Rechtfertigung der fragwürdigen Unterschätzung sogenannter *primitiver* Kulturen durch die Europäer gesehen worden, wie sie vor allem im 19. Jahrhundert zum Gemeinplatz wurde.

Im Gegensatz zu dem, was eine heute verbreitete, meist postmodern inspirierte Geschichtsdeutung dem Zeitalter der Aufklärung nachsagt, war das Fortschrittsverständnis im 18. Jahrhundert keineswegs so naiv und ungebrochen, wie es oft dargestellt wird. Dieselben Menschen, die die Heißluftballone der Gebrüder Montgolfier als Zeichen einer neuen wissenschaftlich-technischen Moderne bejubelten, schwärmten für den „guten Wilden“ und für die einfache Sittlichkeit des Landlebens. Dieselben Menschen, die die Vernunft zur Göttin erhoben, waren anfällig für Scharlatane und Wunderheiler wie Cagliostro und Mesmer. Die tatsächlich ziemlich ungebrochene Wissenschaftsgläubigkeit, die der Marquis de Condorcet in seiner berühmten *Esquisse d'un Tableau historique des progrès de l'esprit humain* von 1795 an den Tag legt, wurde von Aufklärern wie D'Alembert, Diderot oder Kant keineswegs geteilt. Und der angeblich naiv vernunftgläubige Aufklärer Lessing hat uns den schönen Satz hinterlassen: *Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren.*

Erst im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert verengt sich das Fortschrittsdenken und nimmt bei einer großen Zahl von Menschen die Form einer selbstgewiss demonstrierten Weltanschauung an, und zwar sowohl bei Teilen des Bürgertums als auch in der Arbeiterbewegung, besonders in der marxistisch geprägten Linken. Unter dem Eindruck bisher nicht für möglich gehaltener Leistungen in Wissenschaft und Technik schießen vielerorts die Fortschrittshoffnungen üppig ins Kraut: vollständige Kontrolle der Naturprozesse, immerwährender Wohlstand für alle, ewiger Friede, sogar menschenzüchterische Phantasien der Schaffung eines neuen, höheren Menschentyps gehören zum überschwänglichen Repertoire linker und rechter Utopisten.

Der Erste Weltkrieg dämpfte den naiven Fortschrittsglauben vorübergehend. Oswald Spengler sagte den *Untergang des Abendlandes* voraus, Walter Benjamin deutete den Fortschritt als Prozeß der Zerstörung. Aber Ereignisse wie die Revolution in Russland beflügelten noch einmal die Phantasie vieler Menschen, und die anfänglich in der Sowjetunion erzielten 12- bis 13prozentigen Wachstumsraten ließen auch Kapitalisten wie Henry Ford ins Schwärmen geraten. Wie hartnäckig sich die Menschen an die keineswegs zu den anthropologischen Konstanten zählende Vorstellung des Fortschritts klammern, zeigt die Tatsache, dass selbst nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs, nach Rassenwahn und stalinistischer Despotie, der alte Fortschrittsglaube sich noch einmal in den Köpfen der Menschen festsetzen konnte. Freilich ist es nun zumeist ein auf das handfest Materielle ernüchterter Fortschritt, vor allem orientiert an der glitzernden Warenwelt der USA. Es geht aufwärts, weil es nach Krieg und Zerstörung aufwärts gehen muß. Und weil es in Deutschland einige Jahrzehnte lang schnell aufwärts geht, bildet der Satz: *Meinen Kindern wird es einmal besser gehen als mir* alsbald das spezifische bundesrepublikanische Prinzip Hoffnung.

Die Entdeckung der ökologischen Dimension

Die stillschweigende Unterstellung, dass die Entwicklung der Produktivkräfte unter allen Umständen positiv, weil im Prinzip fortschrittsfördernd, sei, hat auch die Arbeiterbewegung nach den Anfängen der Maschinenstürmerei, später sogar die sich als konservativ verstehenden Parteien, zu weitgehend

unkritischen Apologeten der industrialistischen Wachstumsgesellschaft gemacht. Dabei wurde die manifeste Gewalttätigkeit des verkürzten Fortschrittsprozesses zumeist übersehen: nicht nur die Tatsache, dass die weltweite Dominanz der europäischen Kultur sich nicht zuletzt überlegener Waffentechnik verdankt, sondern vor allem die wachsende Zerstörung der Biosphäre. Erst in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts traten die ökologischen Rückstoßeffekte ins breitere öffentliche Bewusstsein. Rachel Carsons Buch *Der stumme Frühling* (1962) und vor allem Meadows-Bericht, *Die Grenzen des Wachstums* (1972) erschütterten die westliche Welt und es breitete sich mehr und mehr eine an ökologischen Fragestellungen orientierte Wachstumskritik aus, die bald auch in die Programmatik der Sozialdemokratie und der sich neu bildenden grünen Parteien Eingang fand. Zugleich kam es zu einer kritischen Betrachtung technischer Systeme und ihrer Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft. Und schließlich geriet auch die zunehmende Auflösung gemeinschaftlicher Formen des Zusammenlebens und die damit zusammenhängende Vereinzelung und Überforderung der Menschen erneut in die Kritik.

Alles zusammen führte dazu, dass nicht mehr nur die Produktionsverhältnisse (Besitz-, Macht-, Verteilungsverhältnisse), sondern auch die Produktionsweise und schließlich auch die *Lebensweise* fragwürdig wurde. Von nun ab war es denkbar, dass Entwicklungen, die den Menschen als wissenschaftlich-technisch-ökonomischer Fortschritt angedient wurden, im Lichte eines umfassenderen kritischen Fortschrittsverständnisses als Rückschritt angesehen wurden. Vor allem aber war deutlich geworden, dass der rasant zunehmende Ressourcenverbrauch und die ebenfalls rasant zunehmende Belastung der Biosphäre im Zuge des Fortschrittsprozesses, zukünftigen Generationen Lasten aufbürdete, die ihre Fortschrittshoffnungen zunichte machen würden. Im Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen von 1987 wurde aus dieser Erkenntnis heraus die Forderung nach „dauerhafter oder nachhaltiger Entwicklung“ (*sustainable development*) abgeleitet und auf dem Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro in der Agenda 21 zum Ziel der Weltpolitik erhoben.

Bei manchen Theoretikern, so etwa bei Hans Jonas, führte die Erfahrung der fortschreitenden Zerstörung der Biosphäre durch die Ausplünderung fossiler Ressourcen und die zunehmende Vergiftung der Biosphäre, die das moderne Projekt der wissenschaftlich-technischen Beherrschung aller Lebensvorgänge mit sich brachte, zu einer drastischen Kehrtwende im Denken. In entschiedener Gegnerschaft zum Blochschen ‚Prinzip Hoffnung‘ forderte Jonas eine Abkehr vom modernen Fortschrittsdenken und propagierte als zeitgemäße Ethik „eine der Erhaltung, der Bewahrung, der Verhütung und nicht des Fortschritts und der Vervollkommnung.“

Natürlich flossen auch in die seit den 70er Jahren sich ausbreitende kritische Sicht des modernen Fortschrittsdenkens ältere Motive ein: so die archaische Vorstellung einer auf die Hybris des Menschen folgende *poena naturalis*, die Anfang des 20. Jahrhunderts aufkommende an den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik anknüpfende ökologische Kritik von Wilhelm Ostwald, die Technikkritik von William Morris, Georg Friedrich Jünger und Martin Heidegger, Rousseaus Verständnis der modernen Zivilisationsentwicklung als Verfallsgeschichte, Walter Benjamins und Adorno/Horkheimers Deutung des Fortschritts als Prozess der Zerstörung und die vielfältigen, die Moderne seit eh und je begleitenden kontrapunktischen romantischen Motive. Dennoch ist es eine Fehldiagnose, wenn hier, wie es etwa Richard Löwenthal getan hat, pauschal von einem „romantischen Rückfall“ gesprochen wird. Im Kern fußt die in den 70er Jahren aufkommende ökologische Fortschrittskritik nicht auf ideologischen Vorurteilen, sondern auf *Erfahrung*, auf der Erfahrung zumeist unbedachter, zuweilen auch billigend in Kauf genommener schädlicher Folgewirkungen des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritts, die erst jetzt – in den 70er Jahren - unübersehbar deutlich werden.

Marktradikale Antworten auf die Wachstumskrise

Nach dem Zusammenbruch der sich *kommunistisch* oder *realsozialistisch* nennenden, de facto aber staatswirtschaftlichen Gesellschaftsexperimente, setzte sich bei den politischen Eliten fast überall auf der Welt die Überzeugung durch, dass hohe Wachstumsraten am ehesten durch die weitere Entfesselung des (Finanz)Kapitals und die Radikalisierung der Marktbeziehungen zu erzielen seien. Sozialdemokraten hielten zwar in aller Regel am Primat der Politik und einem integralen Fortschrittsbegriff fest, der wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritt mit sozialem und humanem Fortschritt zu verbinden suchte, wurden aber doch in erheblichem Maße in eine Komplizenschaft mit jenen Fraktionen des Kapitals gedrängt, die das höchste Wachstum verzeichneten. In Deutschland war und ist das vor allem die exportorientierte Qualitätsproduktion.

Zwei Momente sind es, die in den letzten zwei Jahrzehnten in der globalisierten Welt als Merkmale des Fortschrittsprozesses immer deutlicher hervorgetreten sind: die Beschleunigung in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen und die *Multiplizierung der Wahlmöglichkeiten*.

Die Beschleunigung der innovativen Prozesse, vor allem die Tatsache, dass in immer kürzeren Abständen neue Produktgenerationen die Weltmärkte überschwemmen, wird zumeist als begrüßenswerter Fortschritt dargestellt, birgt aber bei näherem Zusehen ernste Gefahren. Zum einen bleibt heute kaum noch Zeit für das, was seit den 70er Jahren *technology assessment* oder auf deutsch: *Technikfolgenabschätzung* heißt, und zum anderen erscheinen aufwendige Entwicklungen angesichts schrumpfender Marktpräsenzzeiten schon jetzt oft nicht mehr als lohnend, weil die Gefahr, dass die Konsumenten eine Produktgeneration überspringen – das sogenannte *frogjumping* – zunimmt.

Auf Dauer noch folgenreicher könnte das mit der beschleunigten Innovation verbundene Sinnproblem sein. Die moderne Steigerungslogik führt in der Konsequenz dazu, dass jede Leistung (und jede Erwerbung), sobald sie getätigt ist, schon wieder entwertet ist, weil sofort die möglichen Verbesserungen bzw. die schon entwickelten besseren Produkte in den Blick geraten. Wenn aber die erwarteten Gratifikationen sich nicht mehr einstellen, wird Leistung auf Dauer sinnlos.

Auch das moderne Versprechen, durch die Multiplizierung der (Konsum)Wahlmöglichkeiten die Freiheit und das Glück des Einzelnen immer weiter zu steigern, lässt sich auf Dauer nicht einlösen. Jeder kann an sich selbst erfahren, dass die Qual der Wahl mit der Zahl der Optionen zunimmt. Selbst wenn man sich entschieden hat, bleibt zumeist quälende Ungewissheit zurück, weil man nie sicher sein kann, aus der Vielzahl der Konsumoptionen die befriedigendste ausgewählt zu haben. Auch die Behauptung, die Vielzahl der Konsumoptionen sei zugleich Ausdruck und Mittel zur Beförderung einer ganz individuellen Lebensweise, ist kaum aufrecht zu erhalten. Weil es überzeugende rationale Entscheidungsgründe bei der Auswahl zwischen den vielen angebotenen Konsumoptionen zumeist nicht gibt, halten sich die meisten Konsumenten an das, was die vielen anderen (in ihrem Lebensstilmilieu) auch wählen. Die Konsumindividualisten sind in aller Regel zugleich erstaunlich konformistisch. Wenn aber die Steigerung der Konsumoptionen durchaus nicht ein Garant für Lebensglück und erweiterte Freiheit ist, wird die Frage nach dem Preis für diese Art Fortschritt relevanter.

Die engagiertesten Verfechter des verkürzten Fortschrittstyps finden sich unter den traditionellen Wissenschafts- und Wirtschaftseliten. Sie haben ein offensichtliches gruppenegoistisches Interesse daran,

alle in diesem Kontext auftretenden Probleme so zu definieren, dass *sie selbst* mit ihrer speziellen Rationalität und ihren speziellen Handlungsmöglichkeiten als zuständige Problemlöser in den Blick geraten. Dieses Interesse wird nicht selten ergänzt, verdeckt und überhöht durch einen geradezu religiösen Glauben an die Allmacht von Wissenschaft, Technik und Ökonomie, aus dem heraus allen kritischen Einwänden mit dem Hinweis begegnet wird, dass im Fortgang des Fortschrittsprozesses sich für jedes Problem eine technische Lösung finden lasse. Befeuert durch diesen messianischen Fortschrittsglauben haben moderne Biowissenschaftler auch die technizistische Utopie eines neuen Menschen inklusive der Überwindung von Krankheit und Tod wiederbelebt.

Fortschrittsfatalismus oder neuer Fortschritt

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland und vielleicht darüber hinaus in großen Teilen Europas scheint heute freilich ein solch emphatisches Fortschrittsverständnis nicht zu teilen. Viele, wenn nicht die meisten Menschen in unseren Breiten, haben ein merkwürdig ambivalentes Verhältnis zu den Fortschrittsverheißungen, die ihnen von den Wissenschafts- und Wirtschaftseliten angedient werden. Sie zweifeln daran, dass das, was heute als Fortschritt daherkommt, ihnen tatsächlich das Leben erleichtern und ihre Freiheitsspielräume tatsächlich erweitern wird.

Die große Mehrheit der Deutschen ist einigermaßen verlässlichen Umfragen zufolge heute der Meinung, dass es ihnen in Zukunft, besonders aber ihren Kindern und Enkeln weniger gut gehen wird. Sie glauben allerdings zumeist nicht, dass man daran viel ändern, dass man dem Fortschritt eine andere, segensreichere Richtung geben könnte. Vorherrschend ist heute ein Fortschritts-*fatalismus*, der sich paradox folgendermaßen ausdrücken ließe: Der Fortschritt geht weiter, ob er aber wirklich fortschrittlich ist, ist sehr fraglich.

Dies ist insofern ein dramatischer Bewusstseinswandel, als sich mit dem wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschrittsprozeß bisher immer auch die Vorstellung verband, die Menschen von der Unterwerfung unter schicksalhafte Prozesse zu befreien und sie zu Gestaltern ihrer Welt und ihrer Lebensumstände zu machen. Heute scheinen die undurchschaubare Komplexität globaler Marktverhältnisse und die Anonymisierung der Akteure des Fortschritts bei immer mehr Menschen eine neue Schicksalsgläubigkeit zu erzeugen.

Wenn wir die seit den 70er Jahren geführten Diskussionen um eine Korrektur der dominierenden Fortschrittsvorstellungen richtig deuten, laufen die kritischen Einwände auf zweierlei hinaus: einmal auf die Forderung, aus moralischer Verantwortung für die Zukunft der Menschheit und der Biosphäre den technischen Zugriff auf die außermenschliche und die menschliche Natur zu begrenzen, und zum andern, das vorherrschende Modell der Reichtumsproduktion, also nicht nur, marxistisch gesprochen, die *Produktionsverhältnisse*, sondern auch die *Produktionsweise*, einer kritischen Revision zu unterziehen.

Freiheit und Demokratie, das scheint die Geschichte zu belegen, ist auf Dauer nur in materiell relativ generösen Verhältnissen möglich. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass das, was als ausreichend für ein *gutes Leben* angesehen wird, je nach dem kulturellen Kontext historisch variabel ist. Die Frage nach der Zukunft des Fortschritts ist damit zugleich die Frage, wie die Reichtumsvoraussetzungen einer Kultur der Freiheit auf Dauer gestellt werden können. Da das herkömmliche System der wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschrittsproduktion mit den ökologischen Bedingungen auf unserem Planeten nicht

vereinbar ist und daher nachhaltigen Wohlstand nicht herzustellen vermag, brauchen wir – zunächst in den reichen Gesellschaften der Nordhalbkugel, schließlich aber überall auf der Welt - einen neuen Typus der Reichtumsproduktion als Basis eines neuen Fortschritts.

Seine wichtigsten Merkmale sind:

- a) Drastisch erhöhte Energie- und Stoffeffizienz; mittelfristig die Energie-Wende zur Sonne, das heißt zu den regenerierbaren Primärenergien und Aufbau einer emissionsfreien Kreislaufwirtschaft.
- b) Wo immer möglich, Schäden vermeiden, statt nachträglich Schäden zu kompensieren. *Vorbeugen ist tatsächlich besser als heilen.*
- c) Statt immer mehr Güter und Dienstleistungen pro Kopf der Bevölkerung, statt ständig beschleunigter (Produkt)Innovation Nutzung der Rationalisierungsgewinne zur Schaffung von mehr frei verfügbarer Zeit für alle. Sinnvoller Wohlstand wird in Zukunft zu einem erheblichen Teil *Zeitwohlstand* sein.
- d) Wesentlicher Bestandteil eines zukünftigen Wohlstands sind verlässlich vorgehaltene *öffentliche Güter* (z.B. Bildung, Sicherheit, Kultur etc.) Die Rehabilitierung des öffentlichen Sektors ist integraler Bestandteil jedes nachhaltigen Fortschrittskonzepts.
- e) Wohlstand kann sowohl durch Erwerbsarbeit als durch freie Tätigkeit geschaffen werden. Auch darum ist die Aktivierung *der Zivilgesellschaft* eine richtige Orientierung. Im übrigen sind Spiel und Muße, kollektive Feste und Meditation, Freundschaft und Liebe wichtigere Quellen menschlichen Glücks als bloßer Warenkonsum. Die Spielräume hierfür lassen sich durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten erheblich erweitern.

Auf einer solchermaßen veränderten materiellen Basis bliebe als zentrale Fortschrittsaufgabe bestehen: die Schaffung gleicher Freiheit für alle – auch durch die Umverteilung von Macht, Besitz und Einkommen – sowohl im Inneren der Gesellschaften als im Weltmaßstab.

Es gibt Vorkämpfer einer ökologischen Wende, die der Meinung sind, dass diese nur durch einen entschiedenen Bruch mit der Moderne und den sie leitenden Werten erreichbar sei. Hinter solchen Positionen steckt zumeist ein sehr einseitiges und verzerrtes Bild dessen, was modernes Denken und moderne Lebensweise ausmacht. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, dass der Kurswechsel mit den kulturellen Ressourcen der Moderne möglich, ja, dass er nur so möglich ist. Die zentralen Merkmale der Kultur der Moderne *Rationalismus, Aktivismus, Individualismus* und *Universalismus* legen die Welt keineswegs auf den gegenwärtigen Kurs eines immer weiter getriebenen wirtschaftlichen Wachstums und zunehmend zerstörerischen Umweltverbrauchs fest. Der gegenwärtig vorherrschende Ökonomismus mit seiner Blindheit gegenüber den ökologischen Bedingungen allen Lebens und Wirtschaftens ist auch nach dem Maßstab westlicher Rationalität *unvernünftig*. Wir sind überzeugt, dass die Menschen der modernen Welt aus wohlverstandenen Eigeninteresse und aus eigener Einsicht sich mit uns auf den hier vorgeschlagenen Weg eines neuen Fortschritts begeben können.

1. Ökologischer Umbau – ein demokratischer Weg?

Die drastischen bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Folgen – für die uns umgebende Natur, für die sozialen, politischen und ökonomischen Systeme unseres Zusammenlebens – werfen beunruhigende Fragen auf. Wenn unsere auf stetiges undifferenziertes Wachstum gegründete Lebensform so offensichtlich an ihre eigenen Grenzen stößt, steht dann nicht ein radikaler Wandel unserer Lebensweise und ein radikaler Umbau unserer Gesellschaft an, der nur diktatorisch bewältigt werden kann? Wenn uns die Fixierung auf die ungehemmte Freiheit des Einzelnen in die Wachstumsfalle manövriert hat, wie viel Freiheit und auf welchen Gebieten darf der Einzelne dann noch beanspruchen? Und: Sind freiheitliche Demokratien mit ihrem Fortschrittsoptimismus und ihrem Versprechen permanenter Wohlstandssteigerung für alle überhaupt in der Lage eine Politik der Nachhaltigkeit einzuleiten?

Immer mehr NGOs, Think Tanks und einzelne Wissenschaftler ebenso wie besorgte oder frustrierte Bürger geben zum Teil politisch höchst fragwürdige Antworten auf diese Fragen. Das Spektrum reicht von einer Absage an die Demokratie und die Befürwortung autoritativer, „ökodiktatorischer“ Politiken über weitgehende globale Umverteilungen bis zur völligen Individualisierung der Probleme.

Absage an die Demokratie. Freiheitliche Demokratien und das mit ihnen historisch verbundene Fortschritts- und Prosperitätsversprechen sind nicht nur die treibenden Kräfte der direkten und indirekten Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, sondern erweisen sich auch oft als besonders schlecht geeignet, die daraus erwachsenden Probleme zu lösen. Das zeigt sich nicht nur empirisch beim regelmäßigen Scheitern von Klimakonferenzen, bei denen sich Demokratien keineswegs kooperationsbereiter zeigen als andere Staaten. Es gibt vielmehr systematische Gründe für das Problem von liberalen Demokratien mit einer Politik der Nachhaltigkeit. So sind Willens- und Entscheidungsfindungen in Demokratien langwierig und umständlich: Meinungen müssen öffentlich gebildet und bewährt werden, Vorlagen müssen geschrieben, eingebracht und parlamentarisch legitimiert werden. Jeder kann im Prinzip mitreden – und tut es oft auch, wenn es um die „großen Weichenstellungen“ der Gesellschaft geht. Desweiteren sind die kurzen Wahlperioden in Demokratien nur bedingt geeignet, um langfristige politische und rechtliche Nachhal-

tigkeitsprogramme auf den Weg zu bringen bzw. zu verstetigen. Auch sind repräsentative Demokratien – die Bundesrepublik Deutschland ist hier ein gutes Beispiel – in hohem Maße anfällig für Lobbygruppen, die ihre kurzfristigen ökonomischen Interessen gegenüber Nachhaltigkeitszielen verfolgen. Schon Hans Jonas schlägt in seinem Buch *Das Prinzip Verantwortung* vor, dass „wir um der physischen Rettung willen selbst eine Pause der Freiheit hinnehmen“ sollten. Neuere Beiträge stellen heraus, dass nur ein Verzicht auf Demokratie zugunsten einer „Öko-Diktatur“ eine klare, zielführende und vor allem schnelle Politik der Nachhaltigkeit – und somit unser Überleben – garantieren könne.

Globale Gerechtigkeit. Politische und philosophische Standardtheorien der Gerechtigkeit sind blind für Weltprobleme. Insbesondere der „Politische Liberalismus“, der von der Freiheit und Gleichheit jedes Individuums ausgeht, ist zeitlich (es geht ihm um Grundsätze der Gerechtigkeit für uns Lebende) und räumlich (die Grundsätze gelten nationalstaatlich) eng begrenzt. Eine Verantwortung für nachfolgende Generationen gerät hier ebenso aus dem Blick wie die Verantwortung für Bedürftige in anderen Ländern, vor allem der sog. Dritten Welt. Aber unsere freiheitlich-liberale – westliche! – Lebensform, die sich politisch so gerne mit einem Bekenntnis zu „Gerechtigkeit“ und „Menschenrechten“ schmückt, gründet auf dem Leid und der Ausbeutung der anderen sowie der Verzehrung ihrer Lebensgrundlagen und Lebenschancen. Das ist nicht nur ein politisches und moralisches Problem der Gerechtigkeit, sondern ein Problem der Legitimität unserer eigenen Politik. Wenn Gerechtigkeit, Menschenrechte und Wohlstand zusammengehören, dann dürfen wir „hier“ die Augen nicht länger verschließen vor den katastrophalen Folgen „dort“ – nicht zuletzt, weil wir in Zeiten der Globalisierung mitverantwortlich sind für weltweite Ungerechtigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Armut und die brutale Ausbeutung der Natur. „Umverteilung“ ist demnach nicht nur eine moralische und politische Pflicht, sondern notwendiger Bestandteil einer Nachhaltigkeitsverpflichtung: wir müssen unseren Reichtum transferieren, damit die krassen Ungerechtigkeiten gemildert werden. Wir müssen viel weniger konsumieren, damit andere mehr haben können. Wir müssen weniger verbrauchen bzw. unseren Verbrauch verteuern, damit andere nicht unproportional unter den Folgen unserer Lebensform leiden müssen. Wir müssen unseren Lebensstil drastisch verändern – denn er gefährdet unschuldige Dritte und langfristig auch uns selbst.

Individualisierung. „Grüner Konsum“ ist das neue Lifestyle-Schlagwort: Gesundheit und Nachhaltigkeit werden als Ziele einer individuellen Lebenshaltung und Lebensführung propagiert, mit denen es privat gelingt, dem Diktum von immer mehr Wachstum zu entkommen. „Lohas“ („Lifestyle of Health and Sustainability“) sind schon längst keine subversiven Bürger mehr, sondern Motor einer ganzen Industrie, die verspricht, dass jeder Einzelne mit Shopping die Welt verändern kann. Wenn die „große“ Politik hierzu unfähig ist, so kann der Einzelne durch strategischen Konsum, nachhaltige Kaufentscheidungen und schlichten Verzicht seinen kleinen und ganz eigenen Beitrag leisten. Diese Individualisierung und Entpolitisierung der Nachhaltigkeit bringt eine enorme Moralisierung mit sich: der ökologische Fußabdruck sitzt jedem im Genick und fordert zu einem radikalen Umdenken des eigenen Lebens auf. Die Wende zur Nachhaltigkeit hängt dann weniger von einem Umdenken in Politik und Wirtschaft als von einem ökologisch-moralischen Bekenntnis des Einzelnen ab – Jeder kann an jedem Ort zu jeder Zeit seinen Beitrag zu Nachhaltigkeit leisten – und soll es auch!

Wo der Glaube fehlt, auf diese Weise die entscheidende Wende bewerkstelligen zu können, kommt es neuerdings oft zu einer postmodern-nihilistischen Version von Individualisierung, Privatisierung und Entpolitisierung. Wenn wir grundsätzlich skeptisch sein müssen gegenüber der Politik, weil sie ohnehin nur ein machtleitendes Spiel der Interessen darstellt, wenn der Einzelne eh nichts auszurichten vermag be-

züglich der globalen Katastrophen, wenn die (Um)welt nicht nur gefährdet, sondern schon verloren ist – dann ist die Selbstverwirklichung des Einzelnen als freier Marktteilnehmer vorrangig vor allen vermeintlichen und hoffnungslosen Versuchen der Weltrettung. Radikaler freier Konsum macht wenigstens den Einzelnen glücklich in einer hoffnungslos korrupten und unkontrollierbaren Welt.

Allen diesen Positionen – sei es ist die Ablehnung der Demokratie oder der westlichen Lebensform, sei es der Aufruf zu individuellem Verzicht oder zu hemmungslosem Hedonismus, sei es eine starke Politisierung, bei der weitgehende Freiheitsbeschränkungen für den Bürger bewusst in Kauf genommen werden, sei es eine starke Entpolitisierung, bei der die moralische Verantwortung auf das einzelne Individuum zurückfällt – ist eine Überzeugung gemeinsam: *Die Grenzen des Wachstums markieren die Grenzen der Freiheit!*

Für eine sozialdemokratische Politik sind die dargestellten illiberalen, antidemokratischen Schlußfolgerungen unerträglich. Aber auch eine Verlagerung der durch Politik und Wirtschaft verursachten Probleme in den privaten Verantwortungsbereich der Bürgerinnen und Bürger erscheint nicht nur wenig erfolgversprechend, sondern auch als politisch und zivilgesellschaftlich inakzeptabel. Ein anderes Verständnis von Wachstum und ein anderes Verhältnis zu Fortschritt sind bitter notwendig – aber auch möglich.

2. Lebensqualität statt Lebensstandard

Die Kritik an der Unzulänglichkeit des vorherrschenden materiellen Wohlstandsbegriffs ist keine neue Erscheinung. Erwähnt seien Karl Marx' Kritik des „Warenfetischismus“ oder Thorstein Veblens Beobachtung des „demonstrativen Konsums“. Heute lässt sich nicht mehr leugnen, dass das BIP viele für das Wohlergehen der Menschen entscheidende Parameter außer Acht lässt, so z. B. die von Menschenhand verursachten Umweltschäden oder Faktoren des sozialen Abstiegs wie z. B. Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Scheidung u.a. Die Liste des Unberücksichtigten ließe sich lange fortsetzen. So kritisierte bereits Ende der 60er Jahre Robert Kennedy in einer denkwürdigen Rede, dass das BIP nicht widerspiegele „... die Anerkennung der Gesundheit unserer Kinder, die Qualität ihrer Bildung oder ihre Freude am Spiel. Es zeigt sich gleichgültig gegenüber der Sicherheit auf unseren Straßen. Es inkludiert weder die Schönheit unserer Dichtkunst, noch die Stabilität unserer Ehen... misst weder unsere geistigen Fähigkeiten noch unsere Tapferkeit, weder unsere Weisheit noch unser Lernen... Kurz, es misst alles, außer das, was das Leben lebenswert macht.“

Eine Politik, die ausschließlich oder vordringlich über die Steigerung des BIP eine Steigerung der Lebensqualität erreichen will, ist also offensichtlich unsinnig. Dies wird mittlerweile kaum noch bestritten. Die empirische Glücksforschung, so z.B. der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Tibor von Scitovsky, kommt zu dem Ergebnis, dass die Entwicklung des Wohlergehens nicht mit dem Wachstum des BIP korreliert. Vergleichende Untersuchungen und Befragungen haben in den letzten Jahren ergeben, dass die Menschen in ärmeren Ländern wie Bangladesch, Aserbaidschan oder Nigeria zu den Glücklichsten der Welt zählen. Ein Paradoxon für alle, die daran glauben, dass ausschließlich wirtschaftlicher Konsum unser subjektives Wohlbefinden steigert.

Allerdings reicht es nicht aus, unsere Konsumaktivitäten um die negativen Umwelt- oder Ressourceneffekte zu korrigieren, um einen verlässlichen Maßstab für die Entwicklung der Lebensqualität zu erhalten. Vielmehr kommt es darauf an, Lebensqualität unabhängig vom herkömmlichen Modell des Lebensstandards zu definieren. 1993 definierte die World Health Organization (WHO) Lebensqualität als die: „... subjektive

Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertesystemen, in denen sie lebt und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Maßstäbe und Anliegen. Es handelt sich um ein breites Konzept, das in komplexer Weise beeinflusst wird durch die körperliche Gesundheit einer Person, den psychischen Zustand, die sozialen Beziehungen, die persönlichen Überzeugungen und ihre Stellung zu den hervorstechenden Eigenschaften der Umwelt.“ Aus dieser Formulierung wird deutlich, dass eine eindimensionale Beschreibung von Lebensqualität nicht greift, da viele – auch subjektive - Aspekte ineinander greifen.

Häufig wird in Verbindung mit Lebensqualität im englischen Sprachgebrauch der Begriff „welfare“ (Wohlfahrt) verwendet, hinter dem sich ebenso mehrdimensionale Verständnismöglichkeiten finden lassen - sei es das hedonistische Konzept, die Umsetzung von Präferenzen oder das Verfügen über Ressourcen. In Verbindung mit „welfare“ findet sich eine spannende Definition des indischen Nobelpreisträgers und Wirtschaftsökonoms Amartya Sen, der Wohlfahrt als „capabilities“ auffasst, also als Handlungsmöglichkeiten. Voraussetzung für Handlungsmöglichkeiten ist natürlich die Vorgabe von ermöglichenden Strukturen. Diese müssen politisch, d.h. in Demokratien mit der Zustimmung der Mehrheit, geschaffen werden. Hier eröffnen sich also neue Handlungsfelder für die politische Ebene, weil es darum geht, die gesellschaftliche Teilhabe in einer lebendigen Zivilgesellschaft zu fördern, damit die Menschen in der Gesellschaft selbst aktiv ihre Lebensqualität verbessern können.

Sen spricht im Zusammenhang mit „capabilities“ auch von „positive freedoms“. Man könnte vereinfacht sagen, Glück und Zufriedenheit kommen nicht von selbst, das Individuum muss sich auf vielfältige Weise dafür engagieren und engagieren können und dies vor allem in seiner unmittelbaren Lebenswelt wie Arbeitsplatz oder Wohnumfeld.

Mit Blick auf die autonomen Handlungsmöglichkeiten der Menschen ist es für die Politik nicht einfach, entsprechende Strukturen zu schaffen bzw. solche Strukturen nicht durch Eingriffe zu gefährden. Die Lebensqualität des Einzelnen wird durch Bedürfnisse und Wünsche geprägt – hier muss die Politik den Mut zu Entscheidungen haben. Braucht beispielsweise ein Einzelner ein Fahrzeug aufgrund des Bedürfnisses nach Mobilität (z. B. zum Arbeitsplatz) oder steckt dahinter der Wunsch nach einem bestimmten Autotyp? Ist das letztere der Fall, wären wir wieder bei Karl Marx und seiner Theorie des Warenfetischismus angekommen. Halten wir weiter an der stetigen Wachstumsidee fest, wird es schwierig bis unmöglich die immaterielle Lebensqualität wie Zeit und soziale Beziehungen zu steigern, da z. B. sich mit der Zeit soziale Kontakte in der Regel reduzieren, wenn man am traditionellen Mobilitätsparadigma festhält. Einen Übergang von immaterieller zu materieller Lebensqualität stellen die kollektiven Güter wie Bildung, Kultur und Soziales dar. Denn die Vermittlung von Kompetenzen im Sozialen, in der Bildung oder Musik mögen nicht unmittelbar greifbar sein, aber sie erzeugen Glück oder Zufriedenheit und ermöglichen mittelbar Aufstiegsmöglichkeiten.

Neben dem bisher betrachteten Aspekt, die Lebensqualität zu steigern, darf nicht aus den Augen verloren werden, dass Lebensqualität auch positiv beeinflusst wird, indem sie nicht negativ beschnitten wird. Ein einfaches Beispiel ist die Gesundheit jedes Menschen - für die WHO einer der wichtigsten Indikatoren für Lebensqualität. In diesem Bereich trägt die Politik große Verantwortung, da sie die Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen schafft, sei es unter anderem bei der Ausbildung der Handelnden im Gesundheitswesen oder bei der Gleichbehandlung jeder/s Bürger/in. Ein weiteres, durchaus umstrittenes Beispiel findet sich in der Landwirtschaft. Die Nutzung der Agrogentechnik wird von einem Großteil der Menschen

nicht als Steigerung ihrer Lebensqualität empfunden, sondern als Risiko für ihre Gesundheit und als Einschränkung ihrer Wahlfreiheit bei der eigenen Ernährung – und Nahrung ist als Grundbedürfnis Voraussetzung, um überhaupt Leben zu erhalten.

3. Die Gesellschaft des neuen Fortschritts ist eine dynamische Gesellschaft

Die Abkehr vom Wachstumszwang bedeutet nicht Stillstand und Stagnation. Sie bedeutet, dass wir der gesellschaftlichen Dynamik eine andere Richtung geben: vom Immer-Mehr zum Immer-Besser, von der Maximierung zur Optimierung. Auch der neue Fortschritt ist ein Weg der fortschreitenden Verbesserung und Erneuerung und ist deshalb auf Innovation, auf die phantasievolle Weiterentwicklung von Wissenschaft, Technik und Ökonomie angewiesen. Die neuen Parameter der Entwicklung und die neue Dynamik der Optimierung nach Maßgabe des Leitbilds der Nachhaltigkeit fordern die kreativen Kräfte der Menschen sogar nachdrücklicher heraus als das alte Fortschrittsmodell.

Die Abkehr von der Maßlosigkeit ständig gesteigerten Konsums bedeutet nicht, dass wir die Hoffnung auf ein besseres Leben fahren lassen müssen. Zwar werden wir viele liebgewordene Gewohnheiten ablegen und uns auf einen sorgsameren Umgang mit den Ressourcen einstellen müssen, zwar werden wir die Lebensinteressen der Menschen in den weniger entwickelten Ländern und der zukünftigen Generationen endlich ernst nehmen müssen. Aber es geht nicht *in erster Linie* um Verzicht, sondern vielmehr um Aufklärung über unser wohlverstandenes Eigeninteresse. Wenn wir endlich lernen, die uns von den Naturbedingungen auf der Erde gesetzten Grenzen zu akzeptieren, werden wir feststellen, dass Verzicht auf der einen Gewinn auf der anderen Seite bedeutet. Wenn es uns immer besser gelingt, vorbeugend Schäden zu vermeiden, können wir ohne Einbußen an Lebensqualität auf vieles verzichten, was nur der nachträglichen Kompensation dient. Wir können tatsächlich ökologisch vernünftig *und* besser leben.

Ein friedliches Zusammenleben der Menschen auf der Erde ist ohne eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen nicht möglich. Heute zeichnet sich ein gnadenloser weltweiter Kampf um den Zugang zu den knapper werdenden Rohstoffen ab. Beharren die hochindustrialisierten Länder darauf, ihren bisherigen Entwicklungspfad fortzusetzen, werden blutige Rohstoffkriege immer häufiger die Folge sein, wird die gigantische Verschwendung im militärischen Sektor einen immer größeren Anteil des erwirtschafteten Reichtums verschlingen. Wenn wir also in Zukunft den weniger entwickelten Ländern einen größeren Anteil an den Naturreichtümern zugestehen, damit sie ihren Nachholbedarf decken können, tun wir zugleich etwas für uns: wir investieren in unsere Sicherheit und können unsere Lebensqualität steigern, statt immer mehr Arbeit und Ressourcen für Rüstung und Krieg zu verschwenden.

Auf dem hohen Niveau der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, wie es in den hochentwickelten Ländern erreicht ist, schrumpft der Grenznutzen weiterer Konsumsteigerungen gegen Null. Jedenfalls gilt das für die mittleren und oberen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten. Nicht die Orientierung auf die ständige Steigerung des Konsums, sondern Umverteilung zugunsten der Benachteiligten und mehr Gerechtigkeit ist der richtige Weg zur inneren Befriedung der Gesellschaft und zur Steigerung der Lebensqualität. Auf der Basis einer gerechteren Verteilung kann sich dann auch ein neues Wohlstandsmodell herausbilden, in dem *Zeitwohlstand*, kreative Eigenaktivität und der Austausch mit anderen Menschen eine viel größere Rolle spielen als der Verbrauch materieller Güter.

4. Zeit für den Umbau gewinnen – Die ersten Schritte

Das Wichtigste ist, Zeit zu gewinnen, um neue Wege zu finden, denn ein Zurück zum alten Fortschrittsmodell gibt es nicht. Die Grenzen des Wachstums verstellen die alten Auswege. Erneut steht eine große Transformation an. Diesmal ist sie sogar eine noch größere Herausforderung. Im Zentrum steht nicht nur eine erneute soziale Disziplinierung der Wirtschaft, sondern die kombinierte ökologische *und* soziale Disziplinierung der Wirtschaft, also ein schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit.

Eine friedliche Welt und eine leistungsfähige Weltwirtschaft werden in erster Linie von der sparsamen und effizienten Nutzung der Energie und Rohstoffe abhängig. Denn die Grenzen der preisgünstigen Nutzung vieler Rohstoffe rücken näher und das Ökosystem Erde stößt als Aufnahmemedium für Schadstoffe an seine Grenzen.

Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, dass die sich abzeichnende verhängnisvolle Entwicklung durch energische Gegenmaßnahmen gebremst wird. Die wenigen Auflagen, auf die die Weltgesellschaft sich bisher hat einigen können, reichen nicht aus, die Katastrophe zu verhindern. Wenn wir Glück haben, gewinnen wir dadurch ein wenig Zeit, um die anstehenden dramatischen Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Der zweite Teil der Großen Transformation, der heute ansteht, erfordert, nicht nur den globalen Markt zu bändigen, sondern auch den Wachstumszwang zu beenden. Eine neue Ordnungspolitik ist notwendig, die dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung folgend die Wirtschaft sozial und ökologisch einbettet. Sie braucht neue Formen der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Prozesse und eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen.

Die Alternative heißt Nachhaltigkeit

Handele so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz des menschlichen Lebens auf Erden. So formulierte Hans Jonas den neuen ethischen Imperativ. Tatsächlich können wir uns nicht mehr leisten, erst dann zu lernen, wenn die Schäden eingetreten sind. Das wird den Bedingungen der „ungleichen, verschmutzten, überbevölkerten und störanfälligen Welt“ (Brundtland-Bericht) nicht gerecht.

Nachhaltigkeit ist ein regulatives System, das wirtschaftliche Entscheidungen, soziale Weichenstellungen und technologische Innovationen an den globalen und dauerhaften Bedingungen für ein gutes Leben aller Menschen misst. Sie verankert auf allen Ebenen und in allen Bereichen ein Ethos, das sowohl die Lebensbedingungen in den Industriestaaten sichert, als auch die legitimen Aufholinteressen der Entwicklungs- und Schwellenländer berücksichtigt.

Nur Nachhaltigkeit kann Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte und Naturbewahrung gewährleisten und die Lebensinteressen künftiger Generationen berücksichtigen. Sie bricht mit der heutigen Kurzfristigkeit und dem leichtfertigen Substanzverzehr.

Nachhaltigkeit stellt auf die dauerhafte Funktion wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse ab und beachtet die Grenzen, die sich aus der Belastungsfähigkeit der Stoffkreisläufe ergeben. Nur Nachhaltigkeit schafft eine dauerhafte Balance zwischen Ökonomie, Soziales und Ökologie.

Der Paradigmenwechsel bedeutet: Die Entscheidungen in Politik und Wirtschaft werden um eine zeitliche Perspektive (dauerhaft) erweitert und an qualitative Bedingungen (sozial- und umweltverträglich) geknüpft, um so pfleglich und schonend, aber auch wirtschaftlich ertragreich mit den begrenzten Ressourcen der Erde umgehen zu können.

Nachhaltigkeit ist zugleich ein praktischer Ansatz, eine inhaltliche Leitlinie und ein programmatisches Ziel für die Modernisierung unseres Fortschritts- und Zivilisationsmodells. Sie ist ein regulatives Prinzip, das nur das zulässt, was nach dem heutigen Stand unseres Wissens auch in 40 oder 50 Jahren zu verantworten wäre.

Das macht eine Umdenken und ein Umhandeln sowohl im Verständnis von Wissenschaft, der Ausrichtung der Politik oder der Konsensfindung in der Gesellschaft als auch bezüglich der Produktions- und Reproduktionsweise oder der Managementregeln erforderlich.

In ein Bild gefasst: Die nachhaltige Entwicklung baut ein neues Haus der Zivilisation. Die Ökologie ist das Fundament, die soziale Gerechtigkeit die Statik. Wie groß dann das Haus gebaut wird, liegt an den schöpferischen Kräften und den Bedürfnissen der Menschen, den Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Rechtssetzung des Staates, die das Werk mit Fundament, Statik und Umgebung verträglich machen.

Mit der Globalisierung bekam Nachhaltigkeit eine weitergehende Bedeutung. Sie ist eine *Weltinnenpolitik*, wie sie 1992 auf dem UN-Erdgipfel zu Umwelt und Entwicklung vorgeschlagen wurde. Ihre Prinzipien zielen auf eine globale Verantwortungsgemeinschaft, ohne ein globales Regime vorzusetzen, das angesichts der ablehnenden Haltung großer Industriestaaten nicht in Sicht ist und aus grundlegenden Demokratieaspekten möglicherweise auch gar nicht erstrebenswert wäre.

Wünschenswert wäre eine verbindliche weltweite Vereinbarung über einen nachhaltigen Wettbewerb. Eine solche Vereinbarung sollte sicherstellen, dass Gemeingüter wie Atmosphäre, Bodenfruchtbarkeit, Klimasystem, Artenvielfalt, etc., die unsere gemeinsamen Lebens- und Produktionsgrundlagen bilden, nicht übernutzt werden. Verstöße gegen eine solche Vereinbarung sollten mit empfindlichen Strafen belegt werden. Denkbar wäre es, eine in ihrer Aufgabenstellung veränderte *World Trade Organisation (WTO)* mit der Durchsetzung zu beauftragen. Parallel dazu könnten entsprechende Regelungen auch im Grundgesetz und in der Europäischen Grundrechtscharta aufgenommen werden.

Neuausteilung der Karten

So wie in den 1930er Jahren erst der New Deal die Stagnation und den Niedergang nach der Weltwirtschaftskrise beenden konnte, ist heute erneut eine neue ehrgeizige Fortschrittsvision notwendig. Wie beim Wohlfahrtsstaat lässt auch Nachhaltigkeit unterschiedliche Wege und Ausprägungen zu, sie macht vielgestaltige Lösungen möglich.

Mit der Umsetzung kann unmittelbar und überall angefangen werden, während der Auf- und Ausbau umfassender Weltinstitutionen langwierig und mühsam ist. Der UN-Erdgipfel Umwelt und Entwicklung von 1992 hat allerdings zu Recht herausgestellt, dass die Industriestaaten die Hauptverantwortung für den Schutz und die Sanierung der Natur und die Vermeidung globaler Verteilungskonflikte haben.

Ein Beispiel: Die Reduktion der klimaschädlichen Gase.

An dieser Herausforderung lassen sich die drei zentralen ökologischen Elemente der Nachhaltigkeit aufzeigen:

- a) *Effizienzrevolution*. Sie erfordert die systematische Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität und die Umorientierung auf eine „immaterielle Produktion“ (Jacques Delors). Durch die intelligente Nutzung der Informationstechnologien werden die Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung drastisch verringert. Ein erster Schritt wäre bei einer Verdoppelung des Wirtschaftswachstums in den nächsten 10 Jahren die Verfünfachung der Energie- und Ressourcenproduktivität (Faktor Fünf). Die nächste Etappe auf dem Weg in eine ökoeffiziente Wirtschaft wäre der Faktor 10.
- b) *Suffizienz*. Ökologisch angepasste Wirtschafts- und Lebensstile verdienen ihren Namen, wenn sie die Endlichkeit und die Speicherkapazität der natürlichen Ressourcen dauerhaft berücksichtigen. Neue Wohlstandsmodelle gehen bewusst mit Grenzen und dem Schutz der natürlichen Güter um. Ein wichtiger Ansatz ist die „Ökologie der Zeit“, um bei technisch- wirtschaftlichen Entscheidungen den natürlichen Zeitrhythmen Rechnung zu tragen. Suffizienz heißt, nicht immer mehr haben, sondern besser leben.
- c) *Konsistenz (dauerhafte Verträglichkeit)*. Eine höhere ökologische Verträglichkeit in der Gesamtentwicklung wird durch die Ausrichtung auf eine Kreislaufwirtschaft beim Stoff- und Energieeinsatz oder durch die Solarwirtschaft erreicht. Diese Konsistenz orientiert Wirtschaft und Gesellschaft an den Gesetzen der Natur. Eine umweltökonomische Gesamtrechnung schafft einen ehrlichen Wachstumsbegriff.

Nachhaltigkeit ist das Gegenteil der immer schnelleren Beseitigung von Raum- und Zeitwiderständen, die durch billige Rohstoff- und Transportkosten vorangetrieben wird. Nachhaltigkeit erfordert eine Preisbildung, in der die ökologischen Kosten, die absehbaren ökologischen Grenzen und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft einbezogen werden.

Die Dematerialisierung und Entenergetisierung durch ökoeffiziente Dienstleistungen eröffnen neue Chancen für umweltverträgliche Produkte und zukunftsweisende Geschäftsfelder sowie hohe Beschäftigungsimpulse, denn in der Regel sind ökologische Dienstleistungen arbeitsintensiver als die heutigen Produktionsformen.

Nachhaltigkeit verbindet die Dynamik der Wirtschaft und die Nutzung der Technik mit den sozialen und kulturellen Anforderungen der Zukunft. Soziale Gerechtigkeit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und eine höhere Innovationskraft müssen in ein Gleichgewicht kommen.

Der erste Schritt: eine Effizienzrevolution

Die ökologische Modernisierung muss die Chancen einer Effizienzrevolution in der Nutzung von Energie, Material und Rohstoffen nutzen. Dabei geht es um den gesamten Rohstoffeinsatz. Zugleich muss die Brücke ins Solarzeitalter schnell gebaut werden. Bis 2050 wollen wir in einer 2.000-Watt-Gesellschaft den völligen Umstieg in die erneuerbaren Energien erreichen.

Der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen wird zur Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts.

Die Grenzen des Wachstums erfordern auch mehr Gerechtigkeit. Die Verteilungskonflikte spitzen sich zu, weil die sozialen Schichten unterschiedlich von den steigenden Ressourcenkosten belastet werden. In Nordrhein-Westfalen z. B. liegt der Anteil der Energiekosten bei den unteren 20 Prozent der Haushalte bei 8,2 Prozent, bei den oberen 20 Prozent nur 2,4 Prozent.

Der Umbau ist zudem mit harten Macht- und Interessenkonflikten verbunden, denn von den zehn größten Konzernen der Welt sind neun Energie- und Automobilunternehmen. Sie verteidigen sich mit dem Argument, dass der Umbau Arbeitsplätze gefährde. Das Gegenteil ist richtig:

- Seit 1960 wurde in Westdeutschland eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um den Faktor 4 erzielt. Die Materialproduktivität stieg dagegen nur um den Faktor 2, die Energieproduktivität lediglich um den Faktor 1,5. Dabei entfallen rund 50 Prozent der Kosten im verarbeitenden Gewerbe auf Material, Energie und Rohstoffe, wogegen die Lohnkosten deutlich unter 25 Prozent liegen. Die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität ist auch ökonomisch und sozial sinnvoll.

- Sie senkt die Arbeitslosigkeit, weil sie Energie, Material und Rohstoffe durch bessere Technik und Arbeit ersetzt. Sie stärkt die Wettbewerbskraft der Unternehmen durch geringere Rohstoffabhängigkeit. Der Spielraum ist groß, denn energetisch betrachtet, weist der bisherige Verbrauch Verluste bis zu 90 Prozent auf.

- Die Knappheitsproblematik und die anhaltende Umweltzerstörung begründen für ressourcen- und energieeffiziente Produkte und Verfahren einen immensen Markt für integrierte und systemische Lösungen. Von Nikolai Kondratieff wissen wir, dass seit der Dampfmaschine jede Wirtschaftsperiode eine technologische Infrastruktur hatte. Künftig werden die Effizienztechnologien in Verbindung mit den erneuerbaren Energien im Zentrum stehen. Nur die Volkswirtschaften, die frühzeitig eine ökologische Infrastruktur aufbauen, werden stark sein.

Statt mit einem vermeintlichen Gegensatz von Ökonomie und Ökologie haben wir es mit einem inneren Beziehungszusammenhang zu tun. Die Voraussetzungen dafür sind in unserem Land günstig, denn 20 Prozent der Umweltpatente entfallen auf Deutschland, das bei den erneuerbaren Energien und den Effizienztechnologien weltweit führend ist, deutliche Vorsprünge bei der Abwasser- und Luftreinhaltetechnik hat, ebenso im Anlagenbau und bei der Regeltechnik für mehr Ökoeffizienz, die jede erfolgreiche Wirtschaft benötigt und deren Produkte überall immer stärker nachgefragt werden.

Jede Krise eröffnet Chancen. Dafür muss die heutige Wirtschafts- und Unternehmensordnung, eine Ökonomie der Kurzfristigkeit, radikal umgebaut werden. Die ökologischen Herausforderungen können zur Stunde der Europäischen Union werden, wenn es schnell zu einer sozialökologischen Marktwirtschaft kommt.

Für die ökologische Modernisierung muss schrumpfen, was umweltschädlich ist: z.B. der hohe Ölverbrauch und Kohlekraftwerke, und muss schnell wachsen, was umwelt- und sozialverträglich ist: z.B. erneuerbare Energien und effizientere Technik. Das ist der entscheidende Ausgangspunkt für die Transformation vom Wachstum in eine nachhaltige Entwicklung.

Der hier skizzierte Umstrukturierungsprozeß eröffnet vielen Arbeitnehmern neue Beschäftigungs- und

Aufstiegschancen. Für manche aber bedeutet er auch, dass sie ihren angestammten Arbeitsplatz verlieren, eine Zeitlang arbeitslos sind oder sich weiterqualifizieren müssen, um in einem ökologisch sinnvollen Produktionsbereich neue Beschäftigung zu finden. Umso wichtiger ist die soziale Abfederung dieses Umstrukturierungsprozesses. Für Sozialdemokraten ist klar: Ohne einen effizienten Sozialstaat ist die Wende zur Nachhaltigkeit nicht zu schaffen.

1. Kollektive Güter werden wichtiger

Kollektive Güter sind solche, die nicht individuell konsumiert werden können. Zu den typischen kollektiven Gütern gehören die Qualität der Luft, der ästhetische Reiz der Wohnumgebung, der Erholungswert von Parks und Naherholungsgebieten etc. In den meisten europäischen Staaten zählen dazu auch die Leistungen spezieller öffentlicher Einrichtungen wie Krippen, Kindergärten, Schulen und Hochschulen, sozialer Einrichtungen, Altenheime, Jugendzentren, Krankenhäuser und Polizei. In einem demokratischen Sozialstaat, also in einem Gemeinwesen, das sich an der gleichen Freiheit aller seiner Bürger orientiert, müssen die Leistungen der genannten Einrichtungen unterschiedslos allen Bürgern zur Verfügung stehen.

Außer für wenige Superreiche gilt für die allermeisten Menschen, dass ihre Lebensqualität nicht nur davon abhängt, wie viel sie sich individuell kaufen und wie viel sie konsumieren können. Für die große Mehrheit sind die Qualität ihrer Wohnumwelt, die Zugänglichkeit naturnaher Räume, die Urbanität öffentlicher Plätze, sind öffentliche Museen, Theater, Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen, Kulturzentren, Schwimmbäder und Parkanlagen in ihrer Nähe entscheidende Wohlfaktoren. Wo diese Einrichtungen privatisiert werden oder die Gemeinden in ihrer Finanznot sich gezwungen sehen, immer höhere Gebühren für den Zugang zu ihnen zu erheben, werden immer mehr Menschen von ihren Leistungen ausgeschlossen, so dass ihre Lebensqualität sinkt.

Im Rahmen des neuen Fortschritts wird die Bereitstellung von kollektiven Gütern eher eine noch größere Rolle spielen als bisher. Entscheidend ist es, in der Bevölkerung das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass kollektive Güter für die individuelle Lebensqualität mindestens ebenso wichtig sind wie privater Konsum. Nur wenn diese Einsicht gestärkt wird, werden die Menschen sich bereit finden, dem Staat und den Kommunen die finanziellen Ressourcen zu gewähren, die zu diesem Zweck erforderlich sind.

Die Bereitstellung kollektiver Güter hat eine positive Verteilungswirkung. Reiche und Superreiche wohnen in aller Regel in bevorzugten Villenvierteln oder in geschlossenen Wohnanlagen mit eigenem Wachpersonal und Hausmeisterservice, können es sich leisten, ihre Kinder auf teure Privatschulen zu schicken und ihre Urlaube in den letzten Inseln intakter Natur zu verbringen. Die große Mehrheit dagegen ist darauf angewiesen, dass ihre Lebensqualität zu einem großen Teil durch kollektive Anstrengungen der Bürger sowie staatlicher und kommunaler Einrichtungen politisch gesichert wird.

Darüber hinaus sind öffentliche Einrichtungen und die von ihnen bereitgestellten kollektiven Güter der sichtbarste Ausdruck ziviler Gemeinschaftlichkeit. Wo immer mehr von ihnen privatisiert werden, kommen der Bürgerschaft die Gegenstände abhanden, mit denen sie sich identifizieren und über die sie im demokratischen Prozeß entscheiden kann. Dies aber würde auf Dauer dazu führen, dass das wichtigste Feld der Einübung demokratischer Mitwirkung, die kommunale Demokratie, unattraktiv wird und zur bloßen Verwaltungsroutine verkommt. Die Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden bis hinauf zum Nationalstaat und zur EU, lebt davon, dass es allen Bürgern gemeinsame Projekte und Einrichtungen gibt. Wer ihre Privatisierung vorantreibt, entleert damit zugleich die Demokratie.

2. Die Gestaltung des Wohnumfelds

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden in Deutschland wird in den letzten Jahren immer prekärer. Zwei Drittel betrachten sie als schlecht oder sehr schlecht. Der Städtetag rechnet für 2010 mit 15 Milliarden Euro Defizit. Vor allem weil die Steuereinnahmen stark sinken. Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf der Hand: Da ist einmal die Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihrer Folge einer gigantischen Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Dazu kommt die absurde Politik der Steuersenkungen, die in den letzten Jahren unter dem Druck der neoliberalen Ideologie erfolgte. Schließlich kommt hinzu, dass im deutschen Föderalismus die Gemeinden, anders als der Bund und die Länder, bei der Verteilung der öffentlichen Einnahmen systematisch benachteiligt werden.

Das Ergebnis: Jede dritte Kommune mit über 20.000 Einwohnern muss ihren Haushalt von oben genehmigen lassen, weil sie ihn nicht mehr ausgleichen kann. Investitionen werden gesenkt, Personal abgebaut. Fast zwei Drittel wollen in nächster Zeit weitere Leistungen abbauen. Jede dritte Kommune kürzt bei Jugendarbeit oder bei Leistungen und Einrichtungen für Senioren, in jeder dritten gehen die Lichter aus, weil sie an der Straßenbeleuchtung spart.

Mehr als 80 Prozent der Kommunen planen höhere Gebühren oder Steuern, vor allem Grundsteuer. Fast die Hälfte wollen Eintrittspreise für Bäder, Theater, Museen erhöhen, ein Drittel die Beiträge für Kitas und Ganztagschulen oder die Parkgebühren oder die Preise für Wasser, Straßenreinigung, Müllabfuhr. Ein Viertel planen weitere Privatisierungen. Wenn, wie zunächst von der schwarz-gelben Koalition geplant, die Gewerbesteuer abgeschafft worden wäre, wäre auch noch die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen versiegt. Die Alternative lautet: Stärkung statt Abbau der Gewerbesteuer und Wiedereinführung einer Vermögensteuer. Die Länder sollten zugleich ihre Finanzzuweisungen an die Kommunen erhöhen.

Die finanzielle Austrocknung der Städte und Gemeinden ist umso beklagenswerter, als die Lebensqualität der Menschen heute und in Zukunft erst recht in hohem Maße von den Leistungen der Kommunen abhängt. Das unmittelbare Lebensumfeld ist von größter Wichtigkeit für das Wohlergehen der Menschen. Beispielhaft seien Ernährung, Wohnen, Arbeit, Bildung und Erholung bzw. Freizeit, aber auch soziale, kulturelle und gesellschaftliche Bedürfnisse genannt. Für die große Mehrheit der Menschen hängt die Möglichkeit, ihr Leben einigermaßen frei zu gestalten und sich persönlich fortzuentwickeln, stark von der lokalen Lebensqualität ab.

Gesetzliche Aufgabe der Städte und Gemeinden ist nach dem verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzip die Gewährleistung des „Citizen-Value“ oder des „Gemeinwohls“. Der Staatsrechtler Ernst Forsthoff entwickelte in diesem Zusammenhang in den 1930er Jahren den Begriff der „kommunalen Daseinsvorsorge“. Forsthoff beschreibt die kommunale Daseinsvorsorge als „... alles, was von Seiten der Verwaltung geschieht, um die Allgemeinheit oder nach objektiven Merkmalen bestimmte Personenkreise in den Genuss nützlicher Leistungen zu bringen.“ Kurz gesagt, geht es um die staatliche Aufgabe der Grundversorgung, d. h. um die Schaffung und Erhaltung eines Umfeldes, das für das Zusammenleben der Bürger/innen und für ihr Wohlbefinden notwendig ist. Die Bürger/innen können auf diese Dienstleistungen durch Wahlen, Bürgerentscheide oder Gespräche mit Mandatsträgern Einfluss nehmen.

Wenn es aber darum geht, eine nachhaltige Entwicklung der lokalen Lebensqualität zu fördern, ist die punktuelle Einflussnahme von Bürgern und Bürgergruppen nicht ausreichend. Vielmehr muss in den Ge-

meinden, in Stadtteilen und Städten ein kontinuierlicher Diskussionsprozess eingeleitet werden, in dem die wichtigsten Aspekte der gemeindlichen Entwicklung fixiert und die Umsetzung der Planung kritisch begleitet wird. Nur wenn es zu einer deutlichen Belebung der kommunalen Demokratie kommt, kann das Interesse an einer nachhaltigen Sicherung der Lebensqualität sich gegen kurzfristige Partialinteressen behaupten. Die Chancen hierfür sind gegeben. Denn die Stärke der kommunalen und regionalen Demokratie ist die räumliche und soziale Nähe der Menschen zu den zu entscheidenden Fragen.

Nur allgemein von der Verbesserung der Lebensqualität zu reden, wird die Menschen wohl kaum zum Mitmachen ermuntern. Es kommt vielmehr darauf an, konkrete Aspekte der Lebensqualität im Alltag der lokalen Bevölkerung zu thematisieren. Es kommt darauf an, im Gespräch mit den Bürgern die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu klären und festzustellen, welche Elemente der Lebensqualität in der Kommune verbessert werden könnten. Jede Nachhaltigkeitsstrategie ist nur mit und nicht gegen den Bürger umsetzbar. Dieser Anforderung gerecht werden, heißt aber vor dem Hintergrund einer kulturell heterogenen Gesellschaft für die politisch Verantwortlichen die Integration zu fördern und Integrationshemmnisse zu bekämpfen wie die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund in Bildungseinrichtungen, Lohnungleichheiten bei gleicher Qualifikation und gleichen Aufgaben, Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausländerfeindlichkeit etc.

Nachhaltige Lebensqualität kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss gemeinsam von Bürger/innen, kommunalen Parlamenten, Verwaltung, Unternehmen, Verbänden, Vereinen und Kirchen in einer lebendigen Zivilgesellschaft gestaltet werden. Neue partizipative Verfahren nehmen diese Bedürfnisse auf, wie eine lokale Agenda 21 (LA21), müssen aber von der Politik vor allem finanziert und unterstützt werden.

Als Schlussfolgerung aus dem Gesagten ergibt sich:

- Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Über die Daseinsvorsorge hinaus müssen lokale Aktionen/Initiativen finanziell gefördert werden, die Bürgerbeteiligung ermöglichen zur Verbesserung der lokalen Lebensqualität.
- Ein wichtiger Aspekt zur Lebensqualität: alle müssen teilhaben können. In Bayern sind zum Beispiel Nicht-EU-Mitbürger/innen nicht erfasst durch kommunales Wahlrecht. Kinder sind generell von den Entscheidungen ausgeschlossen. Instrumente der direkten Demokratie wie Bürgerentscheide und neue partizipative Möglichkeiten wie zum Beispiel die lokale Agenda 21 sind stärker zu nutzen.
- Die Integrationsaufgabe der Kommunen muß ernster genommen werden, damit eine sozial gerechte Bürgergesellschaft überhaupt entstehen kann.

3. Vorsorgende Sozialpolitik

Das herkömmliche Konzept der sozialen Sicherung führt zu ständig steigendem Finanzbedarf, der ohne erhebliches Wirtschaftswachstum schwer oder gar nicht gedeckt werden kann. Wenn wir uns von dem verhängnisvollen Wachstumszwang befreien wollen, müssen wir die sozialpolitische Strategie grundlegend verändern. Das Konzept der „vorsorgenden Sozialpolitik“ wie es im geltenden Grundsatzprogramm

der SPD skizziert ist, weist in die richtige Richtung, wenn auch die Konsequenzen aus dem Auslaufen des alten Fortschrittsmodells noch nicht in aller Deutlichkeit gezogen werden.

Die vorsorgende Sozialpolitik steht nicht im frontalen Gegensatz zur nachsorgenden Sozialpolitik, sondern ergänzt sie um die bisher nicht genügend beachtete Seite der Vorbeugung. Sie operiert nicht nur kompensatorisch, sondern versucht in die gesellschaftlichen Prozesse der Problemerzeugung selbst einzugreifen. Vier Dimensionen sind es, in denen das Konzept der vorbeugenden Sozialpolitik über die bisherige Konzeption hinausgeht:

- Sie konzentriert sich auf die Bekämpfung der *Ursachen* sozialer Probleme und Missstände, statt lediglich oder vordringlich ihre Folgen zu lindern.
- Sie verlangt eine Ausweitung des Begriffs der Sozialpolitik zur umfassenden Gesellschaftspolitik unter sozialen Gesichtspunkten.
- Sie erfordert eine Abkehr vom vorherrschenden individualisierenden Verständnis sozialer Probleme zugunsten einer Berücksichtigung problemträchtiger Lebenslagen und Strukturen.
- Sie geht von einem differenzierten Verständnis von sozialer Sicherheit aus, das über das technisch Organisierbare und durch Einkommenstransfers Leistbare hinaus auch die soziokulturellen Determinanten von sozialer Sicherheit berücksichtigt.

Die vier Dimensionen der vorsorgenden Sozialpolitik hängen eng miteinander zusammen. Wer die Ursachen sozialer Probleme effizient bekämpfen will, wird zwangsläufig die bestehenden Ressortgrenzen der Sozialpolitik überschreiten müssen, weil viele soziale Probleme aus Fehlern und Versäumnissen in anderen Feldern der Politik erwachsen. Zum Beispiel produziert eine Bildungspolitik, die dazu führt, dass einer großen Anzahl junger Menschen die erforderlichen Qualifikationen fehlen, die sie im späteren Leben brauchen, eine Fülle sozialer Probleme. Städtebauliche und raumordnerische Fehlentscheidungen tragen oft dazu bei, vitale Nachbarschaften zu zerstören, Ghettoisierung oder die Vereinsamung älterer Menschen zu befördern, was in der Regel einen Rattenschwanz sozialer Probleme zur Folge hat. Wir wissen längst, dass viele gesundheitliche Probleme ihre Ursache in unzulänglichen oder inhumanen Wohn- und Arbeitsverhältnissen haben.

Wenn wir in Zukunft also verhindern wollen, dass wir in der Sozialpolitik und in der Gesundheitspolitik mit hohem finanziellem Aufwand Probleme lindern, die in anderen Ressorts erzeugt werden, muß Sozialpolitik sich zur Gesellschaftspolitik unter sozialen Gesichtspunkten wandeln. Und wenn wir den Zusammenhang zwischen Lebenslagen und sozialen Problemen ernst nehmen, müssen wir uns von dem immer noch verbreiteten individualisierenden Verständnis sozialer Probleme lösen und uns entschlossen den problemträchtigen Lebenslagen und Strukturen zuwenden.

Dieses erweiterte Verständnis sozialer Problemlagen schärft auch den Blick für die soziokulturelle Seite der sozialen Sicherheit. Eine kommunikative Lebensumwelt, Nachbarn, die sich im Notfall um einen kümmern, Treffpunkte, an denen man Menschen begegnet, mit denen man sich austauschen kann, lebendige Vereinsstrukturen, Straßenfeste und kulturelle Ereignisse, die Gemeinschaftserlebnisse vermitteln, das alles sind Faktoren, die zu einem Gefühl der Zugehörigkeit und damit zur sozialen Sicherheit beitragen.

Auch auf diesem Gebiet sollte eine vorsorgende Sozialpolitik ermöglichende Strukturen schaffen bzw. die Zerstörung solcher Strukturen verhindern.

Bei all dem bleibt die Absicherung der sog. Lebensrisiken (Armut, Krankheit und Behinderung, Arbeitslosigkeit, Alter) eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats. Der neue Fortschritt macht einen umfassenden Strukturwandel notwendig, der ohne sozialstaatliche Absicherung gar nicht bewältigt werden kann. Die Sozialpolitik des neuen Fortschritts muß beides leisten: den Ausbau der vorsorgenden und die Stabilisierung der nachsorgenden Sozialpolitik.

4. Humanisierung der Arbeitswelt

Die Abkehr vom bisherigen Wachstumsparadigma hat auch erhebliche Konsequenzen für die Politik der Arbeit, insbesondere die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Zwar werden die Gewerkschaften sich auch weiterhin dafür einsetzen müssen, dass die Menschen von ihrer Arbeit anständig leben können. Darum ist der Kampf um Mindestlöhne, um gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, um die Gleichstellung der Leiharbeiter im Betrieb etc. wichtig. Aber der Akzent der gewerkschaftlichen Tarifpolitik sollte in Zukunft nicht mehr in erster Linie auf der allgemeinen Erhöhung der Arbeitsentgelte liegen, sondern auf der Verkürzung der Arbeitszeit und der Humanisierung der Arbeitsbedingungen unter Einschluss der stärkeren Partizipation an Betriebs- und Unternehmensentscheidungen. Die Chancen für eine neue tarifpolitische und parlamentarische Offensive auf dem Gebiet der Humanisierung der Arbeitswelt sind größer, als heute zumeist wahrgenommen wird. Sie zu ergreifen, wird umso wichtiger, wenn wir daran gehen, den traditionellen Wachstumspfad zu verlassen.

Die große Aktualität des Themas *Humanisierung* der Arbeit wird deutlich, wenn man die Frage nach der Zukunft der Arbeit mit der nach der Arbeit der Zukunft verknüpft. Welche Arbeit bleibt übrig, wenn Rationalisierung und Automation fortschreiten? Vermutlich werden auf lange Sicht – jedenfalls im Marktsektor - alle Arbeiten automatisiert, in denen die Arbeitsvollzüge vollständig definiert und berechnet werden können. Übrig bleibt dann als von Menschen zu verrichtende Arbeit vor allem das, was nicht automatisiert werden kann; und das ist nicht wenig: leitende und beratende Tätigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung, Marketing und Werbung, ein Teil der handwerklichen und bäuerlichen Arbeiten, künstlerische Produktion, Erfinden, Planen, Entwickeln, Warten, personenbezogene Dienstleistungen, Kommunizieren, Motivieren, Lernprozesse organisieren, schöpferisch sein, mit Menschen umgehen, sich kümmern, trösten, pflegen - alles das, was Maschinen nun einmal nicht können.

Alle diese Tätigkeiten sind ihrer Natur nach personalintensiv, nicht geeignet für Rationalisierung und Automation. Daher gelten sie heute als übermäßig kostspielig. Aber die üblichen Einsparstrategien führen hier nicht zu mehr Effizienz und schon lange nicht zu einer Steigerung der Lebensqualität, sondern zur Minderung oder zur Pervertierung der Leistung. Die Ersetzung des Lehrers durch den Computer, die Ersetzung der Pflegerin durch den Monitor, die Ersetzung des Gemeindepfarrers durch das *Wort zum Sonntag* im Fernsehen pervertiert die betreffende Dienstleistung, statt sie effektiver zu machen. Da in unserem System der sozialen Sicherung die personenbezogenen und anderen nichtrationalisierbaren Dienstleistungen, eben weil sie personalintensiv sind, proportional weitaus mehr zur Finanzierung der Sozialleistungen beitragen als der hochrationalisierte Sektor, sind sie auch noch besonders teuer.

Wer also die Arbeit der Zukunft fördern will, muß die steuer- und finanzpolitische Privilegierung des Maschinensektors beenden und die Wertschöpfung in diesem Sektor stärker als bisher zur Finanzierung jener Aufgaben heranziehen, die nur mit menschlicher Arbeit geleistet werden können. Nur so kann auch durch Investitionen in Gesundheit, Pflege, Bildung und Forschung der große und wachsende Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen gedeckt werden; nur so kann auch die wachsende Binnennachfrage entstehen, die auch der Maschinensektor braucht, um seine Produkte abzusetzen. Denn auch das wissen wir: Maschinen kaufen keine maschinengefertigten Produkte!

Statt weiter den kruden Fortschrittsvorstellungen des 19. Jahrhunderts zu folgen und an der Privilegierung der Maschinenarbeit festzuhalten, sollten wir die utopischen Möglichkeiten nutzen, die Rationalisierung und Automation eröffnen, zumal wenn diese, wie das heute zumeist der Fall ist, mit einer effektiveren Nutzung von Energie und Stoffen einhergehen. Einmal ergeben sich unter diesem Aspekt bisher nicht für möglich gehaltene Chancen der Entlastung von fremdbestimmter und belastender Arbeit und der Mehrung frei verfügbarer Zeit für alle und damit zugleich wachsende Chancen der demokratischen Beteiligung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Darum wird Arbeitszeitverkürzung unter Einbeziehung intelligenter neuer Formen wie Sabbatregelungen etc. wieder ein gewerkschaftliches und gesellschaftspolitisches Thema ersten Ranges. Zum anderen ist der Typus der Arbeit, der lebensnotwendig ist und nicht wegrationalisiert werden kann, in der Regel menschlich anspruchsvoller: er eröffnet zumeist größere Möglichkeiten der Sinnstiftung und bietet intrinsische Gratifikationen, die weit über das hinausgehen, was die klassische Industrie- und Büroarbeit gemeinhin zu bieten hatte. Eine wirklich moderne, an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an der Kapitalverwertung orientierte Dienstleistungsgesellschaft könnte befriedigende und humane Arbeitsmöglichkeiten für alle bieten, und zwar auch für die, die nicht die höheren Weihen des Bildungssystems erhalten haben.

Es wäre zu wünschen, dass die Gewerkschaften und die SPD, das was in den 70er Jahren unter der Überschrift Humanisierung der Arbeit und in den 80ern in der Perspektive einer *arbeitnehmerorientierten Zeitsouveränität* diskutiert wurde, bezogen auf die Bedingungen der postfordistischen und postindustriellen Arbeitswelt heute weiterentwickelten und dieses Feld nicht denen überlassen, die nur die Verwertungsinteressen des Kapitals im Auge haben. Neue kommunikations-, organisations- und produktionstechnische Verfahren eröffnen heute – jedenfalls im Prinzip - ungeahnte Möglichkeiten, die Arbeitswelt nach den Lebensansprüchen der Arbeitenden, auch nach den besonderen Lebensinteressen der Frauen zu gestalten. Zugleich bieten sich neue Chancen, die Bedingungen für die vielfältigen Formen der Nichterwerbsarbeit (Ehrenamt, Gemeinwesenarbeit, Care-Arbeit etc.) zu verbessern. Sie können freilich nur realisiert werden, wenn die einseitige Macht des Kapitals durch eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung der Arbeitenden und durch gesetzliche Initiativen gebrochen wird.

5. Der Strategische Hebel: Umbau der Energieversorgung

In den Industrieländern muss die Energieversorgung bis zum Jahr 2050 nahezu emissionsfrei bereitgestellt werden, nur dann kann der Klimawandel noch einigermaßen begrenzt werden. Und nur, wenn die industrialisierte Welt überzeugend auf dem Weg zum neuen Fortschritt vorangeht, kann es wirksame Verträge über die Reduzierung von Emissionen mit den Schwellen- und Entwicklungsländern geben. Gibt es diese Weichenstellungen nicht, drohen Krieg und Zerstörung. Gro Harlem Brundtland hat nicht ohne Grund die Klimaveränderung mit einer „langsamen Atombombe“ verglichen.

Um Ressourcenkriege zu verhindern und den Frieden zu sichern, sind die Steigerung der Stoff- und Energieeffizienz und der Übergang ins Solarzeitalter entscheidend. Allerdings ist diese Herkulesaufgabe nur zu bewältigen, wenn es zu einem tiefgreifenden Wandel in der Gesellschaft kommt. Und das muss schnell geschehen, denn es wurde bereits viel Zeit verloren. Ohne eine gezielte ordnungspolitische Begrenzung des Energieverbrauchs oder eine erhebliche Verteuerung des Angebots werden sich die Umbauziele nicht erreichen lassen. Das wiederum macht Ausgleichsmaßnahmen zugunsten schwächerer Bevölkerungsschichten notwendig.

Bei den Instrumenten wird eine ökologische Finanzreform ebenso unverzichtbar sein wie ein wirklich verbindlicher Emissionshandel, der keine Ausnahmen kennt und stetig sinkende Obergrenzen vorsieht. Besonders wichtig wird ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Neugestaltung des Auto- und Flugverkehrs: Tempolimit, Kerosinsteuer, Luftverkehrsabgabe, KfZ-Steuer nach Hubraum und Verbrauch, Beseitigung des Dienstwagenprivilegs, eine PKW-Maut, Reduzierung der Pendlerpauschale.

Ebenso wichtig ist der Umbau von Stadt- und Siedlungsstrukturen, um heute getrennte Funktionen zusammenzuführen und die Nähe zu stärken. Im Gegenzug müssen günstigere Bedingungen für die öffentlichen Verkehrssysteme und die nichtmotorisierte Mobilität geschaffen werden.

Nicht unerheblich ist auch die Neuordnung der Ernährung, die in ihrer heutigen Form nicht nur das Klima bedroht, sondern auch die weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln gefährdet und die Spekulation mit Nahrungsmitteln befeuert. Die Treibhauswirkung unseres Ernährungssystems erreicht nach dem Worldwatch-Institut über 18 Prozent und damit sogar mehr als der Verkehrssektor.

Alle Bereiche der Wirtschaft und des Lebens müssen so gestaltet werden, dass Energieverbrauch und Emissionen minimiert werden. Die angeblich „saubere“ Atomkraft ist keine Lösung, da sie hochgefährliche Abfälle produziert, die über Tausende von Jahren unter strengster Bewachung gelagert werden müssen. Die Atomkraft als Brückentechnologie zu nutzen, heißt die ungelösten Probleme der Entsorgung vergrößern und den notwendigen Kurswechsel in der Energiepolitik zu verzögern. In mittlerer und längerer Sicht ist der Umstieg auf eine emissionsfreie Energieversorgung möglich. Er kann sich sogar beschäftigungspolitisch als durchaus vorteilhaft erweisen, weil durch die Steigerung der Energieproduktivität und die Innovationen in der Solarwirtschaft eine große Anzahl industrieller Arbeitsplätze geschaffen werden.

6. Mobilität in der Gesellschaft des neuen Fortschritts

Der Übergang zum *fossilen Verkehr* war ein gewaltiger Sprung in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, der in den beiden letzten Jahrhunderten vollzogen wurde. Die Geschwindigkeiten wurden auf bis dahin unvorstellbare Weise erhöht, auch der Luftraum wurde für den Verkehr erschlossen, jeder Punkt der Erde war schließlich in wenigen Stunden erreichbar. Doch die Grundlage für all diese erstaunlichen Fortschritte sind nichterneuerbare, fossile Energieträger. Heute, da das Fördermaximum bei Erdöl erreicht und die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels unübersehbar sind, kommt diese Entwicklung an ihr Ende.

Die Lage wird noch dadurch verschärft, dass in den großen Schwellenländern wie Indien, China und Brasilien sich eine nachholende Motorisierung mit ungeheurer Geschwindigkeit vollzieht. Es ist eine Illusion

zu glauben, der Bedarf an fossiler Energie für das rasant expandierende Verkehrssystem könne mit dem ökologisch höchst problematischen Abbau von Teersanden und mit immer riskanterer Tiefseeförderung von Erdöl gedeckt werden. Eine grundlegende Veränderung unseres Mobilitätskonzepts ist unvermeidbar. Die zentrale Frage dabei lautet:

Wie kann Mobilität für alle gesichert werden, wenn die bisher reichlich und billig verfügbaren fossilen Energiequellen zur Neige gehen und die Verkehrsemissionen drastisch zurückgeführt werden müssen?

Unser Ziel ist es, auch in Zukunft ein hohes Maß an Mobilität für alle zu sichern. Dabei ist es notwendig eine neue Balance zwischen Nähe und Ferne, zwischen schnell und langsam, zwischen Körperbewegung und motorisierter Fortbewegung zu finden. Auch in Zukunft wird der technische Fortschritt auf diesem Gebiet eine nicht unerhebliche Rolle spielen. So bietet die Elektromobilität auf der Basis regenerierbarer Primärenergie bisher noch keineswegs ausgelotete Möglichkeiten. Gleichzeitig kommt es aber darauf an, den Übergang zu einem anderen Mobilitätsparadigma kulturell und sozial zu gestalten und dabei vor allem auch Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und zur Verringerung der Zwangsmobilität einzubeziehen.

Die uns leitenden Prinzipien lauten:

- a) In Zukunft sollten Energie- und Stoffeffizienz sowie die Vermeidung von Emissionen im Verkehrssektor oberstes Gebot sein. Zu diesem Zweck müssen die Umweltkosten den Verkehrssystemen angelastet werden und alle versteckten und offenen Subventionen beseitigt werden. Dies gilt auch für den Flug- und den Schiffsverkehr.
- b) Durch Revitalisierung der Nahbereiche, durch veränderte Raumordnung und Siedlungsstrukturen, durch die Integration von Arbeitsplätzen in Wohngebieten und die stärkere Nutzung der digitalen Kommunikation wollen wir nach Möglichkeit Zwangsmobilität vermeiden.
- c) In den Städten und Gemeinden wollen wir die Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer weiter verbessern.
- d) Besonders im lokalen und regionalen Bereich setzen wir auf den Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, wobei die Elektromobilität eine entscheidende Rolle spielen sollte.
- e) Um die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene zu fördern, wird Zug um Zug ein eigenes Streckennetz für den Güterverkehr aufzubauen sein.
- f) Durch die damit verbundene Entlastung des Schienennetzes für den Personenverkehr kann auch hier ein attraktiveres Angebot mit besseren Anschlüssen und Taktzeiten geschaffen werden.

7. Nachhaltige Landwirtschaft

Nachhaltige Landwirtschaft und damit nachhaltige Agrarpolitik lässt sich unter verschiedenen Aspekten beschreiben. Ausgehend von dem Sinnspruch „Von der Natur lernen und sie nicht beherrschen“ fordern Ökologen, dass wir mit den natürlichen Ressourcen unserer Mitwelt, also mit Boden, Luft und Wasser

so umgehen, dass diese nicht dauerhaft geschädigt werden z. B. durch unnötige Dünge- und Pflanzenschutzmittel. So ist der Gewässerschutz seit langem ein politisches und administratives Handlungsfeld. Die Bewirtschaftungsform sollte sowohl dem Erhalt der Artenvielfalt (Biodiversität) als auch dem Erhalt der Kulturlandschaft dienen, was als Konsequenz große Monokulturen ausschließt. Biodynamische Bewirtschaftung nach ökologischem Wissen setzt diese Vorgaben um, indem Techniken angewendet werden, die auf chemische Substanzen und genetisch manipuliertes Material (Agrogentechnik) und Technologien der Agroindustrie verzichten. Vielmehr werden das Wissen und die Fähigkeiten der Landwirte genutzt und aktiv abgefragt, wie Fruchtwechsel, Intercropping (der Anbau verschiedener Pflanzen auf einem Feld), Terrassenanbau, Wasseranbau.

In diesem Zusammenhang kommen auch ethische Aspekte ins Spiel, zum Beispiel, wenn es um artgerechte Tierhaltung oder um den Verzicht auf gentechnisch manipuliertes Material/Saatgut geht. Es muss garantiert sein, dass sich Landwirte in Zukunft für eine gentechnikfreie Produktion und Konsumenten für Lebensmittel ohne genmanipulierte Zusätze frei entscheiden können. Dafür müssen die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Aus soziökonomischer Sicht ist es wichtig, Landwirten, die sich für eine naturnahe und nachhaltige Agrarproduktion entscheiden, Existenzsicherung zu garantieren. Multifunktionale Landwirtschaft durch die Erschließung weiterer Erwerbsquellen im Tourismussektor, durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe oder die Erzeugung von Energie u.a. aus Biomasse muss weiterentwickelt und unterstützt werden. Auch auf diesem Gebiet ist die Großproduktion in Monokulturen mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht vereinbar. Weitere Einkommensmöglichkeiten durch die staatliche Honorierung von Naturschutz- und Landschaftspflegeleistungen sind auszubauen.

Nachhaltige Landwirtschaft wird schon heute von immer mehr Verbrauchern gefordert. Doch stehen auch die Verbraucher in der Verantwortung, durch ihr Einkaufsverhalten eine nachhaltige Agrarpolitik zu stützen. Dies wird auf breiter Basis nur dann möglich werden, wenn den heute konkurrenzlos billigen Produkten aus der Massentierhaltung und der ökologisch fragwürdigen Agrarwirtschaft die ökologischen Kosten angelastet werden. Heute finden im landwirtschaftlichen Vorleistungssektor, in der Ernährungsindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel Marktkonzentrationen statt, die langfristig zu marktbeherrschenden Stellungen führen können. Von politischer Seite ist es notwendig, endlich gesellschaftspolitische Ernährungsziele und die Ausarbeitung einer nachhaltigen Ernährungspolitik anzugehen.

Vorsitzender:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, München

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn

Prof. Dr. Gesine Schwan, Berlin

Mitglieder:

Franziska Drohsel, Berlin

Prof. Dr. Christine Färber, Potsdam

Michael Guggemos, Frankfurt/M./Berlin

Wolfgang Jüttner, MdL, Hannover

Natascha Kohnen, MdL, München

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Berlin

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Vechta

Michael Müller, Düsseldorf/Berlin

Kerstin Rothe, Berlin

Christina Schildmann, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Potsdam

Prof. Dr. Hermann Schwengel, Freiburg

Dr. Eva-Maria Stange, MdL, Dresden

Prof. Dr. Johano Strasser, Berg b. Starnberg

Elisabeth Vogelheim, Wolfsburg

Korrespondierende Mitglieder:

Doris Barnett, MdB, Ludwigshafen

Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, Kiel

Gernot Grumbach, MdL, Frankfurt/M.

Hubertus Heil, MdB, Peine

Nicolette Kressl, MdB, Baden-Baden

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Elmshorn

Dr. h. c. Wolfgang Thierse, MdB, Berlin

Wolfgang Tiefensee; MdB, Leipzig

Beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Iring Fetscher, Frankfurt/M.

Prof. Dr. Volker Gerhardt, Hamburg/Berlin

Prof. Dr. Ingomar Hauchler, Hamburg

Prof. Dr. Gustav Horn, Düsseldorf/Belzig. B. Potsdam

Dr. Elif Özmen, München

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Potsdam

Prof. Dr. Rosemarie Will, Berlin

Ehrenmitglieder:

Dr. Erhard Eppler, Schwäbisch-Hall

Dr. Hans-Jochen Vogel, München

Sekretär:

Dr. Hans Misselwitz, Berlin